

den, der ihre Staatsmänner befehlt, Besprechungen nutzlos sein müssen.

Und deswegen bin ich zu dem Schluß gezwungen, daß, wenn sie solche Vorschläge vorbringen wie diese, sie es nicht tun, weil solche Vorschläge angenommen würden, und nicht, weil sie glauben, daß sie angenommen werden könnten, sondern weil sie glauben, diese Vorschläge könnten etwas dazu beitragen, den einen Alliierten von dem anderen zu trennen oder irgendeine Meinungsverschiedenheit, die unter den Alliierten bestehen könnte, zu verschärfen und auf diese Weise das gemeinsame Bemühen um den Sieg, das sich jetzt an allen Fronten — in Frankreich, Italien, Mesopotamien, wie in Rußland — zeigt, zu schwächen. Ich bin mit großem Widerstande oder fast ohne Zweifel zu der Schlußfolgerung geneigt, daß dieser Vorschlag nicht der Versuch ist, zu einem Verständigungsfrieden zu kommen, sondern ein Versuch, um Kräfte zu schwächen, die sich an der Front als zu stark für sie erweisen, indem man auf diejenigen chronischen und doch irregulären Gefühle zu wirken versucht, die nach ihrer Ansicht in allen Ländern bestehen und welche glauben, eine Wirkung zu ihrem Gunsten herbeizuführen und ihren Absichten dienen sollen.

Der Vorschlag kann den Frieden nicht bringen und ich bin so gut wie sicher, daß er keine Uneinigkeit unter den Alliierten hervorrufen wird. Ich glaube, daß in vollstem Maße gegenseitiges Vertrauen herrscht. Alles, was dieses Land tun kann ist geschehen und wird geschehen, um sich gegenseitiges Vertrauen zu erhalten. Wenn der Deutsche Versuch beabsichtigt, sich in Präsident Wilsons Farben zu kleiden, oder eine Rolle zu spielen, von der er annimmt, daß sie Wilson gefällt, ist er sehr plump, weil er unaufrichtig ist. Alle er sich auch kleiden mag, die gehängerte Haut kommt immer zum Vorschein, und sicherlich sind diejenigen im Recht, die glauben, daß Verhandlungen niemals wirksam oder nutzbringend sind, bis diejenigen, die für die deutsche Politik verantwortlich sind, verstehen, daß durch bloßes Leiden oder geschickte Anwendung von Wilsons Worten durch ihre Politik in demselben Augenblick, wo sie überall den Lehren Wilsons zum Vorschein kommen, auch nicht die einfachste Bürger in den alliierten Ländern irre geführt werden kann. Daher werden Sie nach dem was ich sagte bald zu dem Urteil kommen, daß es beinahe nicht zu glauben ist, daß dieser Vorschlag irgendwelche nützliche Folgen haben kann. Je mehr dieses Dokument im Zusammenhang mit der deutschen Handlungsweise und den deutschen Versicherungen betrachtet wird, desto mehr ist ersichtlich, daß dieser Plan keine andere Wirkung haben kann, als Hoffnungen zu erregen, deren Verwirklichung unmöglich ist, und er bringt uns dem leidenschaftlich ersehnten ehrenvollen Frieden nicht näher, der nicht nur den Leiden, die wir durchmachen, ein Ende bereitet, sondern der uns Bürgschaften bringen soll, daß unsere Kinder nicht dieselben Leiden durchmachen. (Langer Beifall.)

Pressestimmen aus dem feindlichen Auslande.

England.

Mit Ausnahme der liberalen Blätter, die aber nicht für die Regierung sprechen, verurteilt die konservative und kirchlich-presse den österreichischen Vorschlag.

Die „Times“ schreibt: Weber Deutschland noch Oesterreich-Ungarn macht sich Hoffnungen, daß die Alliierten das Angebot annehmen werden. Sie hoffen, daß die Abweisung ihrer Vorschläge die Fortsetzung des Kampfes vor ihren Bürgern begründet und die Heimatfront der Alliierten erschüttert. Die Anschauungen der Alliierten sind seit Kriegsbeginn auch nicht teilweise abgeändert worden. Im Gegenteil veranlaßt der Fortgang des Krieges sie zu erweiterten Anwendungen ihrer Grundsätze. Präsident Wilsons Forderung, das an Frankreich durch Annexion Elsaß-Lothringens begangene Unrecht richtig zu stellen und die neuerliche Anerkennung der Ansprüche der Tschechoslowaken erläutern diese Entwicklung.

Die liberale, Asquith nahestehende „Westminster Gazette“ empfiehlt zwar nicht, den Vorschlag anzunehmen, bespricht ihn aber in gemäßigter Weise. Das Blatt sagt: „Falls Deutschland mandatiert, um Zeit zu gewinnen, so soll unsere Antwort kurz und scharf sein. Falls die Monarchie wirklich kriegsmüde ist, soll die Antwort gemäßigter sein.“ Prest-Litovsk verlangt jedoch eine völlige Veränderung der Grundsätze, welche wir vertreten. Die Genehmigung jenes Vertrages wäre der größte Wahnsinn, falls wir uns die Welt in Frieden nach dem Kriege vorstellen wollen. Wir müssen in unserer Antwort den feindlichen Bürgern zu verstehen geben, daß unsere Grundsätze sich sowohl auf den Osten wie den Westen beziehen, und daß wir auf beiden Seiten Wiederherstellung erwarten für gelantes Uebel. Das ist die unumgängliche Bedingung für den Aufbau einer neuen internationalen Gemeinschaft, die allein der Welt den Frieden bringen und sie von der Rüstung befreien kann.“

Frankreich.

In einer Besprechung der Rote des Grafen Durian sagt „Journal des Débats“, das ist der laute Schrei der äußersten Roten, das in den letzten Tagen liegt. Das Blatt meint, daß die Note besonders darauf berechnet ist, die Wirkungen der Anerkennung der Tschechoslowaken, der Schweden und der Polen durch die alliierten Mächte auszugleichen und daß sie der letzte Versuch ist, die alliierten Mächte zu vernichten.

„Le Temps“ bemerkt, daß Paris zu gleicher Zeit den Versuch der deutschen Flugzeuge und die Ankündigung des Friedensvorschlages des Grafen Durian erhalten hat und erklärt: Wir sind weder eingeschüchtert durch das eine noch verblüfft durch das andere. Die schrecklichen äußersten Mittel des Feindes befähigen seine Verlegenheit. Wir werden uns nicht zu Besprechungen verketten lassen, welche der Feind mit so viel Beharrlichkeit und so wenig Aufrichtigkeit sucht.

Italien.

In einer Besprechung des österreichischen Friedensvorschlages sagt „Giornale d'Italia“, das Organ Sonninos: Das Wiener Kabinett ist nach österreichischer Art hässlich und will den Gipfel der Friedensoffenheit erreichen, welche die Mittelmächte mit nachsichtiger Darnachlässigkeit zu führen im Zuge sind, seitdem die Ereignisse an der Westfront für sie ein verhängnisvolles Aussehen angenommen haben. Oesterreich wünscht den Frieden stärker als Deutschland im Hinblick auf seine tragische innere Lage; aber es würde für uns ein schwerer Irrtum sein, wenn wir uns in der letzten Vorstellung wägen, unser Feind wäre deshalb besonders geneigt, unseren berechtigten Wünschen zu entsprechen. Die einzige Antwort, die man auf dieses Angebot geben kann, ist, mit immer größerer Begeisterung unsere Kräfte zu sammeln, um in der Lage zu sein, den feindlichen Armeen auf allen Fronten neue wirksame Schläge zuzufügen.

Die Vereinigten Staaten.

Die öffentliche Meinung und die Zeitungen der Vereinigten Staaten verurteilen, nach Reuters, mit einigen Ausnahmen ungewöhnlich den österreichischen Friedensvorschlages. Senator Lodge sagte, er sei nicht der Meinung, daß der Friedensbewegung irgendwelche Aufmerksamkeit geschenkt werden solle. Der Vorsitzende des Senatsausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten Hitchcock erklärte: Friedensgerede wäre in diesem Zeitpunkt und er nicht. Wilson und die Alliierten sollten bis zu einem mit

Neues Ringen bei Vauxillon — Kämpfe in Vailly — Feindliche Angriffe gegen Saumont und bei Thiaucourt — Italienischer Angriff zwischen Brenta und Monte Solarolo.

Berlin, 17. September 1918, abends. Amtlich. Zwischen Ailette und Risne scheiterten erneute Angriffe des Feindes. Von den anderen Fronten nichts Neues.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 17. September 1918. (WZS)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Obergruppe Kronprinz Rupprecht

In Flandern rege Geländungsaktivität. Südlich von Ypern scheiterten Teilangriffe des Feindes. An der Kanalküste brachten Sommerische Grenadiere von erneuten Vorstößen gegen den Feind bei Sauchy — Cauchy Gefangene zurück. In der Gegend von Gavricourt steigerte sich der Artilleriekampf am frühen Morgen vorübergehend zu großer Stärke; keine Infanterietätigkeit.

Obergruppe Deutscher Kronprinz

Zwischen Ailette und Risne dauerten die heftigen Angriffe des Feindes fort. Wir nahmen den Östrand der Höhe südlich von Vauxillon, auf der der Feind Fuß faßte, wieder. An der von Passang nach Osten führenden Straße drückte uns der Feind etwas zurück. Am Nachmittag nach starkem Artilleriebeschuss erneute vorbrechende Angriffe des Feindes scheiterten an den Gegenstößen der hier kämpfenden Hannoverischen, Braunschweigischen und Oldenburgischen Reservebrigaden. Sie schoben am Abend ihre Linien zum Teil wieder vor. Auch die südlich anschließende Brandenburgische 5. Infanteriebrigade schlug mehrfach durch Panzerwagen unterstützte Angriffe des Feindes ab. Im Südteil von Vailly dauerten Kleinkämpfe an. In der Champagne wurde ein nächtlicher Vorstoß des Feindes südlich von Ripont abgewiesen.

Obergruppe Gallwitz

An der Côte Lorraine, bei St. Hilaire und westlich von Jonville führten wir erfolgreiche Unternehmungen durch. Teilangriffe des Gegners gegen Saumont und nordöstlich von Thiaucourt wurden abgewiesen. Die Artillerietätigkeit beschränkte sich auf Störungsfeuer.

Wir schossen gestern 44 feindliche Flugzeuge ab. Oberleutnant Voerger errang seinen 40., Leutnant Rumen seinen 35. und Leutnant Thuy seinen 30. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorff.

Der österreichische Bericht.

Wien, 17. September. Amtlich wird verlautbart:

Italienischer Kriegsschauplatz.

Zwischen der Brenta und dem Monte Solarolo setzten die Italiener gestern früh nach harter bis zum Trommelfeuer gesteigerter Artillerievorbereitung zum Angriff an. Ihre Sturmkolonnen wurden im Brenta-Tal und vor dem Col Capile durch unser Feuer zurückgetrieben. Auf dem Monte verwehrten sie unter Wirkung unserer Batterien ihre Gräben überhaupt nicht zu verlassen. Auf dem Monte Perica, dem Solarolo und auf dem Tasso-Rücken kam es zu erbitterten Kämpfen, in denen der Feind gleichfalls reißend weichen mußte. In anderen Abschnitten vielfach lebhaftes Fliegertätigkeit.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei den österreichisch-ungarischen Truppen keine größeren Kampfhandlungen.

Albanien.

Bei Psojat scheiterten erneute italienische Vorstöße.

Der Chef des Generalstabes.

litauischen Triumph kämpfen, welcher die vollständige Niederlage des Feindes bedeute. „World“ sagt: Solange noch Leute für das Große Hauptquartier sprechen und der Welt neue Schrecken androhen, lohnt es sich für die Wiener Regierenden, die offensichtlich in Rot sind, schließlich Friedensvorschläge in bindender oder anderer Form vorzuschlagen. Wenn Deutschland Frieden will, wird es ihn für sich und in seinem eigenen Namen zu verlangen haben. Bis dahin mag die Antwort unverändert bestehen: Gewalt bis zum Äußersten! „Revisor“ Herald“ wies darauf hin, daß die Entente Staatsmänner wiederholt und eingehend ihre hauptsächlichsten Friedensbedingungen dargelegt hätten, und verlangt, daß die Mittelmächte vor jeder Friedenskonferenz die Waffen niederlegen, die besetzten Gebiete räumen und von dem schmachvollen Prest-Litovsk-Vertrage zurücktreten müßten. „Revisor“ Times“ dagegen sieht Möglichkeiten in der österreichischen Anregung, weil der Vorschlag das Eingeständnis der Niederlage aufweist und keinen Waffenstillstand in sich schließt.

Eine russische Stimme.

„Izwestija“ schreibt in einem Artikel „Die österreichisch-ungarischen Friedensvorschläge“ folgendes: „Die Grundlage, auf der die österreichische und die deutsche Regierung den Frieden schließen wollen, ist der Friedensvertrag von Prest-Litovsk. Die östliche Richtung der deutschen Diplomatie dachte, daß es ihr gelingen werde, den allgemeinen Frieden auf Rußlands Kosten zu schließen. Diese Rechnung war von allem Anfang an falsch. Die wichtigsten Lebensinteressen der Entente gestatten dieser nicht, sich mit der von den vier Kriegsjahren geschaffenen Lage zufriedenzugeben, solange noch Hoffnung besteht, daß sie zu ihren Gunsten geändert werden kann. Auf dem Festland Europas gibt es nichts, was dem Blod der Mittelmächte entgegengestellt werden könnte. Falls Deutschland einen Frieden schließen würde, welcher ihm zwar im Westen keinen Fuß breit Boden geben, aber sonst die Lage, die nach vier Kriegsjahren entstanden ist, belassen würde, so würde der Krieg mit einem völligen Siege des deutschen Imperialismus enden. Er hätte dann zwei Wege, um die Welt Herrschaft zu erlangen: entweder den über Belgien oder den über Böhmen- und Mittelosteuropa. Der englische Imperialismus befindet sich nicht in der Lage, in der er einen solchen Frieden annehmen möchte. Auch die Vereinigten Staaten selbst würden kaum den von Deutschland vorgeschlagenen Frieden annehmen können. Auf dem russischen Markt würde der deutsche Kapitalismus bei einem allgemeinen Friedensschluß, auf Grund des Vertrages von Prest-Litovsk, im Besitz der Ostsee und der Schwarzmeerküsten, ein starkes Übergewicht dem amerikanischen gegenüber haben. Ueber Rußland hinüber würde Deutschland eine Brücke nach dem fernen Osten schlagen, und die Linien der wirtschaftlichen Expansion des deutschen Kapitals würden von Hamburg bis nach Madhavost reichen. Daher werden sich die zentralasiatischen und die europäischen Interessen des westeuropäischen Kapitals mit den russischen und sibirischen Interessen des amerikanischen Kapitals vereinigen, um nicht auf die deutschen Vorschläge einzugehen.“

Antwort an Henderson.

Zur Frage der internationalen Konferenz.

Von Fritz Ebert.

Arthur Henderson hat in seiner Antwort auf meine Ausführungen im „Vorwärts“ nicht mehr darauf bestanden, daß wir als Vorbedingung für eine internationale Konferenz die Londoner Denkschrift annehmen sollen. Er meint, es handle sich nicht darum, daß jeder Teil und jede Klausel dieser Denkschrift Annahme findet. Das setzt aber eine freie Aussprache über alle Friedensprobleme auf der internationalen Konferenz voraus, wie wir sie fordern. Henderson ist also einem wesentlichen Einwand gegen seine Stellungnahme entgegengekommen.

Henderson vermischt weiter immer noch eine genaue Umschreibung unserer Friedensbedingungen. Die gleiche Meinung ist vorher auf dem britischen Gewerkschaftskongress zum Ausdruck gekommen. Damit wird nur von neuem erwiesen, daß die in allen kriegsführenden Ländern von der Genur beherrschte Nachrichtenübermittlung die schriftliche Friedensentwertung sehr erschwert, fortgesetzt zu Mißverständnissen führt und zur Folge hat, daß meist aneinander vorbeigeredet wird.

Ich kann da nur noch einmal erklären, daß wir bereit sind, auf der Grundlage der Denkschrift der Neutralen zu verhandeln. Wir sind also bereit, die Denkschrift der Neutralen zu übernehmen mit Ausschluß der belgischen und elsass-lothringischen Fragen. Unsere Stellung zu diesen beiden Fragen haben wir besonders präzisiert. Danach bestehen in der belgischen Frage zwischen uns und der neutralen Denkschrift nur in der Frage der Entschädigung Differenzen. Das aber ist eine Frage, in der in mündlicher Verhandlung unter Aufrechterhaltung des auch von Henderson anerkannten Grundsatzes: keine Strafschädigungen, ein Ausgleich gesucht werden muß.

In der elsass-lothringischen Frage behaupten wir unseren bisherigen Standpunkt, der so gut begründet ist, daß wir ihn mit gutem Gewissen auch auf einer internationalen Konferenz vertreten können. Wenn Henderson die sicher in seinem Besitz befindliche Denkschrift der Neutralen und dazu unsere wiederholte Erklärung zur belgischen und elsass-lothringischen Frage zur Hand nimmt, dann hat er eine ganz genaue Umschreibung unserer Friedensforderungen, die völlig im Einklang stehen mit den Grundsätzen: „Keine Annexionen, keine Kontributionen und Recht der Völker auf Selbstbestimmung.“

Die Frage Hendersons, ob wir die „Interessen der Welt-Demokratie über das nationale Eigeninteresse“ stellen, kann doch nur als Frage nach unserer Stellung zum Programm des Völkerbundes aufgefaßt werden. Auch darüber gibt die Denkschrift der Neutralen und noch ausführlicher unsere Stockholmer Denkschrift Auskunft. Auf diesem Gebiete bestehen ernsthafte Differenzen zwischen uns überhaupt nicht. Auch in der Stellung zur Demokratisierung Deutschlands kann über unsere entschlossene Haltung ein Zweifel nicht bestehen. Die Stellung zur Demokratisierung ist übrigens eine Frage, die der Arbeiterklasse jedes Landes ihre besonderen Pflichten auferlegt. Denn Henderson wird doch wohl nicht bestreiten wollen, daß die fortgesetzten Verweigerungen seiner eigenen Regierung, die nicht nur Troelsira, sondern auch ihn selbst und seine Freunde betrafen, mit den elementarsten Grundsätzen der Demokratie unvereinbar sind.

Endlich verlangt Henderson von uns die nötigen Garantien, daß die Grundsätze unserer Friedensforderungen auch von unserer Regierung bei der offiziellen Friedenskonferenz in allen Fragen Anwendung finden. Was würde Henderson antworten, wenn wir die gleiche Frage an ihn richten würden? Wenn er die letzte Rede von Lloyd George und die des Staatssekretärs Dr. Solf miteinander vergleicht, und wenn er sich weiter an die Behinderung der Schweizer Friedensaktion durch Lloyd George erinnert, wird er wohl zugeben müssen, daß ihm die Beschaffung der geforderten nötigen Garantien schwieriger fallen würde als uns! Viel zweckmäßiger scheint mir da ein anderer Weg zu sein. Es müßte zunächst einmal durch mündliche Verhandlung versucht werden, zu einer Verständigung über ein gemeinsames Friedensprogramm zu kommen. Gelingt das, dann ist der richtige Zeitpunkt gekommen, die von Henderson jetzt aufgeworfene Frage den Vertretern aller Länder vorzulegen und ernstlich zu beraten. Würden dann die Parteien und Gewerkschaften der kriegsführenden Länder die Pflicht anerkennen, zu ihren Regierungen in schärfster Opposition zu treten, wenn sie das vereinbarte Friedensprogramm ablehnen, so würde die Sozialdemokratie Deutschlands einer solchen Verabredung ohne weiteres zustimmen. Henderson darf versichert sein, die Sozialdemokratie Deutschlands würde dann ihrer Pflicht voll und ganz gerecht werden.

Was wir wollen, ist also nicht mehr und nicht weniger als das: Bei den Vorbedingungen und Verhandlungen der Internationalen Konferenz wollen wir als Gleiche unter Gleichen erscheinen! Auch Henderson hat diesen selbstverständlichen Grundsatz früher anerkannt. Würden er und seine Freunde sich heute auf den gleichen Standpunkt stellen, so würden sie der proletarischen Internationale, dem Frieden und der Menschheit einen großen Dienst leisten.

Gerüchte!

Neuer verbreitet eine Meldung, nach der es zu einer Annäherung Deutschlands an die belgische Regierung gekommen sei. Deutschland habe die Wiederherstellung der Integrität Belgiens in Aussicht gestellt, wenn Belgien eine Reihe von Bedingungen erfülle, in der die Zustimmung, auf die Entente in dem Sinne einzuwirken, daß Deutschland seine Kolonien wieder bekomme, die bemerkenswerteste sei. Dagegen habe Deutschland in der Entschädigungsfrage keinerlei Zugeständnisse gemacht.

Wie wir hören und wie man auch aus dem ganzen Inhalt der Meldung unschwer erkennen kann, steht die deutsche Reichsregierung einem solchen Angebot, wenn es wirklich von irgend einer Seite gemacht worden sein sollte, gänzlich fern.

Renaudels Rücktritt.

Bern, 17. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In der „Humanität“ begründet Renaudel seinen Rücktritt von der Leitung des Blattes, die er seit Jaurès' Tode innehatte, mit dem Hinweis auf den bevorstehenden Parteitag, dessen bedeutsame Verhandlungen er von Personenfragen entlasten und wo er selbst mit größerer Freiheit auftreten wolle. Der Rücktritt

Gesetzlicher Jugendschutz.

Ein Wort zum bevorstehenden Fürsorgetag.

Ein altes Problem, das — trotz Anläufen verschiedener Art — noch immer seiner Lösung harret, ist der gesetzliche Jugendschutz.

Das Ueberhandnehmen der Kinderarbeit und der Arbeit verheirateter Frauen haben in immer wachsendem Maße die Aufmerksamkeit auf die Frage des gesetzlichen Jugendschutzes gelenkt. Seit Jahrzehnten ist immer wieder darauf hingewiesen worden, welch' ungeheures Kapital an Volkskraft hier vernichtet wird. Vor allen Dingen hat aber der Krieg die außerordentliche Gefährdung der Jugend gezeigt. Das hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in wachsendem Maße der Jugendpflege zugewandt und vielerorts werden jetzt Anläufe genommen, der Jugend zu helfen.

Die preussische Regierung hat dem Landtage den Entwurf eines Jugendfürsorgegesetzes vorgelegt. Seine Annahme würde für Preußen einen großen Schritt vorwärts bedeuten. Aber damit wäre nicht genug getan, denn Preußen umfaßt immerhin doch nur einen Teil des Deutschen Reiches. Die Mißstände sind aber überall vorhanden, und wenn zu ihrer Abstellung wirklich etwas Durchgreifendes geschaffen soll, dann muß das Reich hier eingreifen. Es ist eine alte Erscheinung, daß wenn in einem bestimmten Bezirk oder einem Lande etwas Besonderes für die Jugendpflege getan worden ist, Mißstände in anderen Landesteilen erst recht zu Tage treten. Das gilt namentlich von dem Kostkinderwesen, einem der trübsten Punkte der ganzen Jugendpflege. Soll also wirklich durchgreifend gebessert werden, dann ist es notwendig, daß sich das Reich der Jugendpflege und Fürsorge annimmt. Dem mögen zwar Bedenken mannigfacher Art entgegenstehen, aber bei der Wichtigkeit der Jugendfürsorge dürfte sich bei gutem Willen doch wohl ein Ausweg finden lassen. Der in neuester Zeit gemachte Vorschlag, von Reichs wegen in einem Jugendfürsorgegesetz ein Mantelgesetz zu erlassen, das gewisse Bundesstaaten verpflichten würde, wäre ein Weg, der ganz ohne Frage gangbar ist und der rascher zu greifbaren Zielen führen würde, als wenn man es den verschiedenen Bundesstaaten überlasse ob und wann und wie sie gesetzgeberisch eingreifen wollen, die Jugendfürsorge auszugestalten.

In Preußen hat die Regierung sich gedacht, daß jeder Stadt- und Landkreis zur Errichtung eines Jugendamtes verpflichtet sein soll. Den kreisangehörigen Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern ist die Berechtigung eingeräumt, ein besonderes Jugendamt zu errichten. Das Jugendamt soll zugleich Gemeindevorsteher sein. Kraft ihres Amtes sollen dem Kreisjugendamt angehören der Kreisinspektor, der Kreisarzt und je ein von dem Regierungspräsidenten im Einvernehmen mit der kirchlichen Oberbehörde für die Dauer von drei Jahren zu bestimmender Geistlicher der evangelischen Landeskirche und der katholischen Kirche. Daneben sollen im Jugendamt als ehrenamtliche Mitglieder vom Kreisrat auf die Dauer von drei Jahren in der Regel nicht mehr als zwölf in der Jugendfürsorge erfahrene und bewährte Männer und Frauen berufen werden, unter ihnen Ärzte, Lehrer, Geistliche und Vertreter der der Jugendfürsorge dienenden Vereine sowie der in dem Bezirk des Jugendamtes vertretenen besonderen Berufsstände.

Daß diese Zusammensetzung eine sehr glückliche ist, kann nicht zugegeben werden. Wir halten für unbedingt notwendig, daß vor allen Dingen zur Jugendpflege auch die Bevölkerungsschichten herangezogen werden, aus deren Kreisen die Kinder in der Hauptsache stammen, auf die sich die Jugendpflege in der Hauptsache erstreckt. Das sind die arbeitenden Klassen und ganz besonders die Mütter. Es muß verübt werden, daß die Jugendpflege sich genug tut im Reglementieren. Praktisch ist zu arbeiten. Und dies wird am zweckmäßigsten geschehen, wenn breitere Bevölkerungsschichten mitwirken und zur Verfassung nicht lediglich das Amt oder der Beruf ausschlaggebend ist. Dem trägt der Gesetzesentwurf nicht genügend Rechnung, nicht einmal in der Forderung, in der der Jugendamt für einzelne seiner Aufgaben besondere Ausschüsse errichten kann. Denn auch in diese Ausschüsse sollen nur Vertreter anderer Veranstaltungen oder Vereine berufen werden, die denselben oder ähnlichen Zwecken dienen. Die Bestimmung, zur Unterstützung des Jugendamtes Personen, die zur Hilfe bereit sind, zu bestellen — insbesondere Schwestern, Fürsorgerinnen, Hebammen usw. — reicht nicht aus.

Das Jugendamt soll darüber wachen, daß den gefährdeten minderjährigen der erforderliche Schutz gewährt und ihrer Verwahrlosung entgegengetreten wird. Es soll Berufsvormundschaften über uneheliche Kinder einrichten und die Fürsorge für diese zunächst schon vor der Geburt übernehmen. Es soll mitwirken bei der Einleitung und Ausführung der Fürsorgeerziehung, und es soll die Pflege der Haltekinder beaufsichtigen. Außerdem soll es die Justizbehörden bei der Strafrechtspflege der Minderjährigen unterstützen, die freie Arbeitstätigkeit in der Jugendpflege anregen, die staatlichen Schul- und Kommunalbehörden bei den ihnen obliegenden Aufgaben unterstützen, die die Fürsorge für die Jugend betreffen. Bei Erfüllung dieser Aufgaben, sowie auf dem weiteren Gebiet der Jugendfürsorge hat das Jugendamt mit den diesem Zweck dienenden Vereinen und Veranstaltungen unter Wahrung von deren Selbständigkeit zusammenzuwirken.

Während so die Berufsvormundschaft zu einer gesetzlichen Einrichtung wird, bleibt das sonstige Vormundschaftsrecht wie es ist. Naturgemäß, denn es handelt sich ja um Reichsrecht. Das hindert uns nicht zu sagen, daß wir es für viel zweckmäßiger halten, die Vormundschaftsachen dem Gericht, in dessen ganze Organisation sie überhaupt nicht hineinpassen, abzunehmen und den Jugendämtern zu übertragen, denen sie ihrer ganzen Art nach überhaupt zugehören. Das zeigt sich schon bei den Änderungen des Gesetzes über die Fürsorgeerziehung minderjähriger, die das Gesetz auch vorschlägt. Die Vormundschaftsgerichte können von Amts wegen oder auf Antrag die Fürsorgeerziehung anordnen. Den Jugendämtern wird nun die Berechtigung und Verpflichtung zur Stellung solcher Anträge auferlegt. Nun ist ja ohne weiteres klar, daß, wenn ein Jugendamt die Fürsorgeerziehung für not-

wendig hält, die Arbeit des Vormundschaftsgerichtes lediglich der Befähigung des Antrages dient. Weshalb dann erst der Umweg?

Eine besondere Fürsorge widmet das Gesetz auch dem Haltekinderwesen. Der fremde oder nicht 7 Jahre alte Kinder in Kost und Pflege nehmen will, darf dies nur mit Erlaubnis des Jugendamtes, in dessen Bezirk er seinen Wohnsitz hat. Die Erlaubnis soll grundsätzlich nur an weibliche Personen und nur für höchstens zwei Kinder erteilt werden. Ausnahmen sind allerdings zulässig, sodas die Erlaubnis auch männlichen Personen erteilt werden kann. Die Erlaubnis kann widerrufen werden, wenn das geistige oder leibliche Wohl des Kindes durch die Unterbringung gefährdet erscheint. Die Mißstände auf dem Gebiete des Haltekinderwesens sind so bekannt, daß es überflüssig erscheint, an dieser Stelle darauf einzugehen, und es ist zu begrüßen, daß das Gesetz zuläßt, daß die Jugendämter besondere Personen mit der Aufsicht über die Pflege der Haltekinder beauftragt, die berechtigt sind, jederzeit die Wohnung der Haltefrau zu be-

Feldpost-Abonnenten

Wer das Abonnement auf den „Vorwärts“ noch nicht erneuert hat, muß sofort 2,— M. an den Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW, Lindenstr. 3, oder an die bekannten Ausgabestellen einsenden, um sich die pünktliche Weiterlieferung für Monat Oktober zu sichern.

sichtigen und so die Verhältnisse des Kindes, insbesondere über dessen Unterbringung, Ernährung und Pflege Auskunft zu erlangen, und es auch anordnen können, daß das Kind ihnen oder einem von ihnen zu bezeichnenden Arzt zur Prüfung seines Gesundheitszustandes vorgeführt wird.

Auch über das Alter von 7 Jahren hinaus bis zur Volljährigkeit sucht das Gesetz der Jugend geeigneten Schutz zu schaffen. Als ein Fortschritt ist hier zu konstatieren, daß die verpflichteten Armenverbände auch Aufwendungen für die Erziehung und die Vorbildung zu einem Berufe machen können. Allerdings wird dieser Fortschritt durch das „Können“ in der Hauptsache aufgehoben. Hier wäre eine Verpflichtung am Platze gewesen. Wichtig ist auch, daß der Landarmenverband, der zur Unterstützung verpflichtet ist, seine Unterstützungstätigkeit mit Hilfe der Jugendämter auszuüben hat, die die Hilfsbedürftigkeit sowie den Umfang der erforderlichen Unterstützung festzustellen haben und die auch vorläufige Unterstützungen gewähren können, solange die endgültige Regelung nicht erfolgt ist. Diese Vorschrift ist geeignet, dem nicht auszurottenden Unfug zu steuern, daß die Gemeinden noch immer ohne Rücksicht auf das Wohl des zu unterstützenden Jugendlichen vielfach Kinder einfach an den Mindestbietenden geradezu versteigern, ein Tun, das natürlich der Ausbeutung des jugendlichen Tums und Tors öffnet.

Daß die Jugendämter berechtigt sind, schon vor der Geburt einzugreifen, wird besonders den unehelichen Kindern und Müttern zugute kommen, wie überhaupt das Gesetz davon ausgeht, und auch darauf zugeschnitten ist, die unehelichen Kinder ganz besonders zu schützen, die tatsächlich auch des Schutzes am meisten bedürfen.

Was nicht die Rede ist in dem Gesetz von der Jugendgerichtbarkeit, was wieder damit zusammenhängt, daß es hier in die Kompetenzen des Reiches eingreifen würde. Aber gerade dieser Umstand zeigt, daß die Jugendfürsorge auf landesgesetzlichem Weg nicht zu dem von ihr gewünschten Ziele kommen kann.

In den nächsten Tagen tritt der Deutsche Jugendfürsorgetag für 1918 in Berlin zusammen. Die preussische Gesetzesvorlage wird ihm Gelegenheit geben, darauf hinzuweisen, wie ungenügend ein Jugendschutz auf landesgesetzlicher Grundlage ist. Hoffentlich finden seine Arbeiten und Entschlüsse Gehör bei den maßgebenden Stellen.

Groß-Berlin Ein neuer Raubüberfall.

Ein Raubüberfall wurde Montagabend um 8 1/2 Uhr von einer vierköpfigen Bande aus zwei Männern und zwei Frauenpersonen auf die 62 Jahre alte Witwe Mathilde Meyer im dritten Stock des Vorderhauses Raumerstraße 27 verübt. Zwei der Beteiligten, eine 17 Jahre alte Erica Vastuschka und eine 25 Jahre alte Gertrud Buchter, geb. Kewig, wurden gleich festgenommen, die männlichen Mitglieder, die 23 und 26 Jahre alten fahnenlosichtigen Soldaten Gebrüder Erich und Wilhelm Hajel, entkamen.

Die ganze Gesellschaft stammt aus Hindenburg und kamte sich schon dort. Die Vastuschka kam vor einiger Zeit nach Berlin und diente u. a. auch bei Frau Meyer. Im vergangenen Monat stiebelte auch Frau Buchter hierher über und brachte die beiden Hajel mit. Sie fand vorläufig Unterkunft bei der Vastuschka, die jetzt am Friedrich-Karl-Platz in Charlottenburg wohnt. Frau Buchter und die Hajels besaßen nichts mehr und kamen auf den Gedanken, sich irgendwie Geld zu verschaffen. Ein Einbruchversuch bei Frau Meyer am vergangenen Sonntag schlug fehl, und nun wurde der Raubüberfall vereinbart und vorbereitet. Montagabend um 8 Uhr sollte er ausgeführt werden. Die ganze Bande versammelte sich auf der Hinterterrasse. Die Vastuschka sollte in der Kleidung einer Postbotin den Zutritt in die Wohnung ermöglichen. Man hatte ein Telekommunikationsformular zusammengelegt und die falsche Postbotin hatte die Aufgabe, der ahnungslosen Frau die „Depesche“ zu überreichen. Auf dem Treppentritt setzte sie sich eine Posttasche auf und klingelte. Kaum hatte Frau Meyer geöffnet, so stürzten die vier in ihre Wohnung hinein, rissen sie zu Boden, kopften ihr ein Taschentuch in den Mund, um sie am Schreien zu verhindern, und schloßen sich dann an, die Räume zu durchsuchen. Die Ueberfallene konnte aber doch noch um Hilfe rufen. Ihre Schreie hörte der Chauffeur Weg, der im dritten Stock auf dem Hof wohnt. Er lief die Treppe hinauf, kopfte an, erhielt aber keine Antwort. Doch eilte er wieder hinunter und schlug Alarm.

Inzwischen kam auch der Schwiegersohn des Ueberfallenen, Herr Speyer, um seine Schwiegermutter zu besuchen. Während er dort vergeblich Einlaß begehrte, versuchte Beh wieder durch die Hintertür Zutritt zu bekommen. Erst nach geraumer Zeit öffnete Frau Meyer selbst die Vordertür, nachdem sie sich wieder etwas erholt hatte. Unterdessen waren die Räuber, die ihren Plan vereitelt sahen, verschwunden. Als sie erkannten, daß man sie und ihre Begleiter wahrgenommen hatte, rissen sie Tür- und Fensterbänke herunter, banden sie zusammen und besetzten sie am Ballongitter, um sich an dieser Art Strickleiter herunterzulassen. Sie trauten sich aber doch nicht, diesen Weg einzuschlagen, sondern belagerten auf einen etwas niedriger gelegenen Balkon des Nachbarhauses Nr. 28 hinüber. Die beiden Frauenpersonen mit Unterstützung der Männer gingen vom Balkon in die fremde Wohnung deren Inhaberin entflohen, als sie die Eindringlinge sah, und fanden so auch ungehindert wieder den Ausweg. Sie eilten nach dem Wobem und hielten sich eine Weile versteckt. Dann gingen sie langsam die Treppe hinunter und nach der Straße. Hier wurden sie aber angehalten, festgenommen und der Polizei übergeben. Die beiden Hajels waren entkommen. Auf ihre Ergreifung hat die Kriminalpolizei eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt. Der 23jährige Erich ist 1,68 Meter groß und blond und trägt einen grauen weichen Filzhut, ein dunkelgraues Jackett und schwarze Stiefel. An einem Handgelenk hat er ein H. tätowiert. Sein 26jähriger Bruder Wilhelm ist ebenfalls blond, 1,72 Meter groß und ebenfalls blond. Er trägt einen grauen Hut, schwarzgraue gestreifte Jackett und Hose, eine hellbraune Weste und schwarze Schürstiefel. Die beiden sind mit Revolvern bewaffnet und haben auch einige Schüsse abgegeben, ohne jemanden zu treffen. Die verhafteten Frauenpersonen bestreiten, daß die Absicht vorgelegen habe, Frau Meyer zu ermorden. Sie hätten nur am Hilferufen verhindert werden sollen. Die Ueberfallene hat Kratwunden am Gesicht und Strangulationsmarken am Hals getragen. Von Schlägen auf den Mund sind ihr mehrere Zähne gelodert.

Die Brüder Hajel sollen an Geld nur noch etwa 30 M. besitzen, und es ist damit zu rechnen, daß sie sich aus diesem Grunde irgendwo Beschäftigung suchen müssen, vielleicht auf dem flachen Lande. Beide waren mit der Frau Buchter schon von der Schule her bekannt. Als sie im Mai auf Urlaub nach Hindenburg gewesen waren, gingen sie nicht zur Truppe zurück. Erich Hajel ging mit der Frau ein Liebesverhältnis ein, und so gab sie den fahnenlosichtigen in ihrer Wohnung Unterschlupf, bis sie vor 6 Wochen von der Polizei festgenommen wurden. Nach 14 Tagen entlassen sie wieder und hatten von da an ihre Zusammenkünfte mit Frau Buchter im Walde. Die Frau gab ihre Wohnung auf, weil sie ihren Geliebten doch nicht mehr herbeibringen konnte und zog zu ihrer Schwiegermutter. Die Zusammenkünfte führten dann zu der Beobachtung gemeinsam nach Berlin zu fahren, wo die beiden Brüder sich sicherer glaubten. Sie arbeiteten hier nicht und verbrachten das Md bei Frau Buchter. Alle fänden Unterschlupf bei der Vastuschka. Deren Wirtin war früher bei der Post beschäftigt und besah von derzeit her noch eine Küche und eine schwarze Tasche. Beides stahlen die Räuber, um die eine Wirtin zu ihrer Verkleidung damit auszuführen.

Kohlenhändlerfrage.

Du sollst möglichst in Geduld bei dem Kohlenhändler aufhaken, in dessen Kundenliste Du glücklich hineingelangt bist. Du sollst nicht bei Kohlenmangel vorzeitig Ueberweisung an einen anderen Kohlenhändler verlangen, denn das ist — so lasen wir's vor etwa sechs Wochen in einer Erklärung der Kohlenstelle Groß-Berlin — in der Regel den Interessen des Verbrauchers zuwider. Gemeint war wohl, daß bei der undurchsichtigen Flut solcher Anträge es ewig lange dauern kann, bis die Kohlenstelle mit der Suche nach geeigneten anderen Händlern für die Antragssteller fertig wird. In der Wartezeit fehlt dem sozusagen obdachlos gewordenen Kunden jede Möglichkeit, sich Kohlen zu verschaffen, wenn er nicht zu dem verläumdeten Händler zurückkehren will. Kann man aber die der Kohlenstelle so unangenehme Veränderungslust demjenigen verdenken, der in die Kundenliste eines stundenweit entfernt wohnenden Händlers eingetragen ist? Ein Arbeiter, der in Berlin in der Kottbusallee wohnt, fand bei der Kundenlisten-aufstellung keine Aufnahme mehr und mußte die Kohlenstelle um Ueberweisung an einen Händler bitten. Das war in der ersten Hälfte des April, und in der zweiten Hälfte des Mai erhielt er dann nach einer Wartezeit von 1 1/2 Monaten die Ueberweisung, daß er auf Anordnung der Kohlenstelle in die Liste eines in Weisend in der Häldestraße wohnenden Händlers eingetragen sei. Es ist selbstverständlich, daß es sich dabei nur um ein Versehen handeln konnte. Die Entfernung von Kottbusallee bis Häldestraße beträgt 9 1/2 Kilometer schon in der Luftlinie, so daß wir den Weg auf 10—12 Kilometer schätzen dürfen. Dem Mann, der als allein-stehender Witwer nur eine Kohlstube bewohnt, also nur mäßigen Kohlenverbrauch hat, hätte schwerlich ein Händler die Kohlen so weit nachgebracht. Sollte er selber auf einen Weg, der zu Fuß 2 1/2—3 Stunden erfordert, nach Feierabend seine Kohlen heranzuschleppen? Er hätte Mitte Juni nochmals an die Kohlenstelle und hat, ihn einem näher wohnenden Händler zu überweisen. Nach 14 Tagen kam Ende Juni die Antwort, der Antrag werde geprüft, was „bei der großen Zahl der Anträge einige Zeit in Anspruch nehmen“ werde. „Einige Zeit“ — d. h. 2 1/2 Monate; denn erst jetzt, um Mitte September, hat der Antragsteller den Bescheid erhalten, der ihm einen nahe wohnenden Händler überwies. Im ganzen hat er drei Monate seit Einreichung des Umkreisungsantrages warten müssen, und über fünf Monate sind vergangen, seit jener ersten Bitte, ihn überhaupt an irgend einen Händler zu weisen. Die Kohlenstelle wird es uns vielleicht danken, daß wir solche Erfahrungen weiteren Kreisen bekanntgeben. Sie können als abstraktes Beispiel wirken und manchen davon abbringen, unnötig die Umschreibung in eine andere Kundenliste zu fordern. Wie fragen aber: fehlt es denn der Kohlenstelle so sehr an Arbeitskräften — oder wie sollen wir uns solche, die Kohlenversorgung der Antragsteller schwer gefährdenden Verzögerungen erklären? Der Mann ist noch froh, daß er ans Ziel gelangt ist, bevor die freigegebenen Abläufe der neuen Kohlenliste wieder verfallen. Im Frühjahr mußte er seine alte Kohlenliste zum großen Teil verfallen lassen, weil er keine Kohlen erhalten konnte.

Die Handelszwisehengewinne.

In einem Erlass an die Bundesregierungen äußert sich das Kriegsernährungsamt über die dem Handel zuzubilligenden Zwischen-gewinne. Es heißt da u. a.: „In letzter Zeit häuft sich die Zahl der Fälle, in denen begründete Beschwerden der Kleinhandeler an das Kriegsernährungsamt darüber gelangen, daß einerseits die Preisspannen für den Kleinhandel, insoweit sie von den Gemeinden festgesetzt werden, zu niedrig seien, andererseits, daß die Höchstpreise für die Abgabe an den Kleinhandel überschritten werden. Es kann unter keinen Umständen zugelassen werden, daß Gemeinden aus dieser nicht übermäßig bemessenen Zuschlagsquote des Kleinhandels Ertrag für irgend welche ihnen anderweitig erwachsende Kosten oder aber Ueberflüsse zu gewinnen suchen. Ich bitte, die Gemeinden und sonstige mit der Lebensmittelverteilung beteiligten Stellen darauf hinzuweisen zu wollen, daß in Zukunft bei solchen Ueberflüssen nachdrücklich eingeschritten werden muß. Zur Aufklärung dürfte es sich empfehlen, den Gemeinden und sonstigen amtlichen Verteilungsstellen mitzuteilen, daß neuerdings für den Kleinhandel durchschnittlich eine Preisspanne von 25 Proz. seines

Einkaufspreis berechnet wird. Für den Großhandel werden berechnet: 2,20 M. für 100 Kilo für Postgeb. usw., 7 Proz. des Einkaufspreises für Handlungskosten und 1 1/2 Proz. Nettogewinn. Für die Großverteilung werden etwa 1 Proz. Unkosten zu Grunde gelegt. Die genannten Sätze gelten für Waren in mittlerer Preislage. Bei billigen Waren sind die Aufschläge durchschnittlich etwas geringer, bei teureren Waren etwas höher.

Nach dieser Mitteilung des R. A. wäre zunächst dringend zu fordern, daß sich mal der Lebensmittelverband Groß-Berlin daran macht, die Kartoffelpreise herabzusetzen, da er sonst gefahrlos sein muß, daß gegen ihn nachdrücklich eingeschritten wird. Der Erzeugerpreis für Kartoffeln beträgt jetzt inkl. Schmelzgebühren und Ausfuhrprämie 6,28 M. pro Zentner, der Kleinhandelspreis aber 12 M., das ist ein Preisaufschlag für Groß- und Kleinhandel von etwa 90 Proz. Nach den Berechnungen des R. A. dürften die Kartoffeln als billiger Artikel aber kaum über 8 Pf. pro Pfund im Kleinhandel kosten. Auch im übrigen wäre zu empfehlen, eine Nachprüfung der von der Preisprüfstelle Groß-Berlin festgesetzten Preise vorzunehmen. Dabei dürfte noch verschiedenes zu ändern sein.

Der Pfarrer und die Kriegsnot.

Infolge des Mangels an Bekleidungsstoffen ist es jetzt vielen Kaufmännern nicht mehr möglich, in schwarzen Kleidern zur Einsegnung zu erscheinen. Umso unglücklicher klingt eine Mitteilung, die wir einem über jeden Verdacht der Kirchenfeindschaft erhabenen Berliner Lokalblatt entnehmen, wonach in der Nazareth-Kirche dieser Tage ein Pastor A. sich weigerte, ein Mädchen einzugehen, weil dieses in einem weißen Kleid erschienen war. In salbungsvollen Worten wird die Bevölkerung allmählich von der Kanzel ermahnt, geduldig die Entbehrungen des Krieges zu ertragen. Auch in Friedenszeiten ist gar oft das Wort von den Blüten auf dem Felde gepredigt worden. (Diese Blüten tragen u. a. keine schwarzen, sondern weiße Kleider.) Erst jüngst veröffentlichte die „Kreuz-Ztg.“ eine längere Sonntagspredigt über den Vers im Matthäusevangelium: „Ihr sollt nicht fragen: Was werden wir essen, was werden wir trinken, womit werden wir uns kleiden?“ In der Praxis aber legt der Herr Pastor der Nazarethkirche auf die Bekleidungsfrage den größten Wert. Wie verhält sich sein Verhalten mit dem Bibelwort?

Berliner Lebensmittel.

Der Berliner Magistrat gibt bekannt, daß die bisherigen Fleischkundenlisten mit dem Ablauf des 20. September ihre Gültigkeit verlieren, und daß vom 20. September ab neue Listen in Geltung treten. Wer daher von diesem Tage ab Fleisch oder Fett von einem Fleischer oder Fleischverarbeiter beziehen will, muß in der Zeit vom 21. bis 29. September seine Eintragung in die bei diesen aufgelegte neue Fleischkundenliste bewirken lassen. Da die bisherigen Eintragungen ungültig werden, müssen diejenigen Personen, welche bei ihrem bisherigen Fleischer weiter laufen wollen, sich in dieser Zeit auch neu eintragen lassen. — Käse. Bis Freitag, 20. Sept., wird an diejenigen Kunden, die in die Speisekartenlisten der in den Bezirken der 20., 30., 32., 33., 39., 174. und 225. Bezirkskommission gelegenen Geschäfte eingetragen sind, pro Kopf 125 Gramm Käse verteilt.

Jedermann Selbstversorger.

In diesen Zeiten der drückendsten Lebensmittellappheit widmet sich jeder, der über ein wenig auch noch so winziges Stückerl Gartenland verfügt, dem Anbau von Gemüse und Gartenkräutern. Keitens mit mehr Eifer als sonstigem Erfolg. Dem Bestreben, die Bearbeitung des Kleingartens in geregelter Bahn zu leiten und ihr einen Ertrag zu sichern, der für den Haushalt des Gartenfreundes einen bedeutenden Nutzen bringt, diene ein Vortrag, den der Gartenarchitekt Rigge in Hamburg am Montag in der Generalversammlung der gemeinnützigen Bauernoffenschaft „Gartenbauverein Groß-Berlin“ hielt.

Der Vortragende geht davon aus, daß die Lebensmittellappheit noch lange Zeit nach dem Kriege anhalten und es der Landwirtschaft überhaupt nicht möglich sein wird, uns in dem Maße mit Lebensmitteln zu versorgen wie es vor dem Kriege der Fall war. Rigge empfiehlt deshalb in Verbindung mit der Kleingartenföderung die intensivierte Ausnutzung des Hausgartens. Er hat berechnet, daß eine fünfstöckige Familie ihren ganzen Jahresbedarf an Gemüse, Obst und Kartoffeln aus einem 400 Quadratmeter großen Garten gewinnen kann, wenn derselbe zweck- und planmäßig bearbeitet wird. Dabei rechnet Rigge sogar mit einer Ernährung, die mehr als wir es vor dem Kriege gewohnt waren, auf Pflanzen- und weniger auf Fleischkost aufgebaut ist. Rigge glaubt, daß noch keinem System jeder Kleingartenbesitzer nicht nur Selbstversorger in bezug auf pflanzliche Nahrungsmittel sein, sondern daß auch durch die von ihm empfohlene Ruhbarmachung des Gartenlandes ein wesentlicher Teil der jetzt so hohen Kosten des Hausbaues ausgeglichen wird. Grundsätzlich als in seinem Vortrage behandelt er diesen Gedanken in einer Broschüre (Leberricht Rigge: Jedermann Selbstversorger, Verlag Eugen Dieberichs, Jena), die er auf Veranlassung des Groß-Berliner Vereins für Kleinwohnungsfragen und des Ausschusses Groß-Berlin für die Kriegsbeschädigtenunterstützung geschrieben hat.

In der Siedelungszone nach Rigges Muster soll aller Abgang in Küche und Haus einschließlich des Reichs und der Abfälle zur Düngung des Gartens benützt werden und in diesem jeder Quadratfuß Boden auf das zweckmäßigste ausgenutzt werden. Die breiten Verkehrsstraßen sollen an beiden Seiten mit Obstbäumen bepflanzt und die schmalen Wege mit Spalterobst laubentartig überwölbt werden.

Ob die Grundlagen und Berechnungen, auf denen sich Rigges Ideen aufbauen, zutreffend sind, mögen die Hochleute entscheiden. Was zu optimistisch ist jedenfalls die Auffassung, nach diesem System könne jeder Mann Selbstversorger werden. Die unverkennbaren Vorteile der Garten- und Kleingartenföderung werden immer nur einem Bruchteil der großstädtischen Bevölkerung zugute kommen können.

„Treibhaus-Tomaten.“ Lange Zeit bekam man Tomaten nur hinterher. Nun sie endlich in den Läden offen ausliegen, findet man aber dazu gleich den Ausnahmevermerk „Treibhaus-Tomaten“ und eine Preisbezeichnung, die über den Höchstpreis weit hinausgeht: 2,10 M., 2,30 M. und darüber. Treibhaus-Tomaten magt man uns also im Monat August und September zum Kauf vorzulegen! Und niemand findet sich, der diesem handgreiflichen Schwindel das Genid abdreht! Denn ein Schwindel ist es, das steht fest! In dieser Zeit gibt es einfach keine Treibhaus-Tomaten mehr, es sind alles solche aus dem freien Lande. Und wenn wirklich noch einige „Nachzümlinge“ aus Treibhäusern da und dort vorkommen, so haben diese doch keinerlei Ausnahmerecht, sie sind doch nur eine Nachernte, die auch im Freien erzielt wird, denn die Glasbedeckung ist in dieser Zeit gar nicht mehr vorhanden, wird vielmehr schon wieder für andere Zwecke verwendet. Die Reichsstelle für Obst und Gemüse dürfte genügend Sachverständige zur Hand haben, die dieses bestätigen müssen. Warum duldet die Reichsstelle diesen „Treibhaus-Tomaten“-Schwindel?

Kaffee-Ersatz anmelden. Morgen Donnerstag läuft in Berlin und sämtlichen Vororten die Frist zur Abgabe des Bestellabschnittes Nr. 14 der Groß-Berliner Kaffee-Ersatzkarte ab.

Voranmeldung für Nähgarn. Vom 18. bis 23. d. Mts. findet eine Voranmeldung zum Bezuge von Nähgarn in den durch Anschlag kenntlich gemachten Kleinhandelsgeschäften statt.

Gemeinschaftsarbeit und Persönlichkeitspflege in der Jugendfürsorge wird das Thema eines Vortrages sein, den Universitätsprofessor Dr. Aloys Fischer-Wilkinson auf der Vegetations-

versammlung des Deutschen Jugendfürsorgetages am 19. September, abends 8 Uhr, in der Berliner Stadthalle, Klosterstr. 47-50, halten wird. Die Teilnahme an der Begrüßungsversammlung ist jeder mann gestattet; Einladungskarten werden nicht ausgegeben.

Am Theater am Rottbuser Tor werden seit einigen Tagen sechs bunte Bilder aus Berlins Vergangenheit und Gegenwart von Hermann Frey aufgeführt. Das Stück — eine herzerweichende und abwechselungsreiche Burleske — trägt den Titel: „Mund ums Jahrhundert“. Die Hauptrollen spielen Billi Lillie und Anna Müller-Linde. Wer, wie diese beiden Künstler, den Berliner Jargon so gut wiederzugeben versteht, noch dazu aus längst verklungenen Tagen, regt zum Lachen an. Eine von Franz Schmidt-Hagen komponierte angenehme Musik erhöht die Wirkung des hier vorgetragenen Humors. Hugo Kossell und Tine Trautmann tun ein übriges, den Zuschauer auf seine Rechnung kommen zu lassen. Die Bilder: Weihnachtsmarkt in Alt-Berlin, Stralauer Fischung, Freibad Tegele, Vindobona Hochzeit sind Originalentwürfe von Heinrich Jisse. Die Eröffnungsvorstellung ging vor ausverkauftem Hause vor sich und die spielenden Personen wurden wiederholt gerufen.

Im Admiralsbalken geht heute das Tanzspiel „Die Prinzessin von Trojan“ zum 200. Male in Szene. Ingleich findet eine Wiederaufführung des Ballets „Der ist die Schöne“ in neuer Inszenierung statt.

Sportplatz Trojens. Der zweite Tag des Goldenen Rades gelangt heute nachmittag 4 1/2 Uhr zur Entscheidung.

Charlottenburg. Der Sparzwang der Jugendlichen. Auf Grund von Verordnungen des Oberkommandos in den Marken darf Personen beiderlei Geschlechts bis zum vollendeten 18. Lebensjahre von ihrem Wochenverdienste nicht mehr als 80 M. zusätzlich ein Drittel des 80 M. übersteigenden Betrages ausgezahlt werden. Der Rest ist vom Arbeitgeber bei einer öffentlichen Sparkasse einzuzahlen. Die Zustimmung zu Auszahlungen steht dem Gemeindevorstande zu und darf nur erteilt werden, wenn das Interesse des Jugendlichen oder eine Unterhaltungsspflicht es erfordert. Nach einem kürzlich herausgegebenen Bericht der Stadt Charlottenburg über die Ergebnisse des Sparzwanges im zweiten Geschäftsjahre (1. April 1917 bis 31. März 1918) sind 2587 Anträge auf Auszahlung von Sparguthaben von 1088 Jugendlichen gestellt worden. Von diesen Anträgen wurden auf Grund der Ermittlungen zusammen 50 Proz. bewilligt. Abgelehnt wurden 27 Proz. in 716 Fällen, zurückgezogen oder sonstwie erledigt 4 Proz. der Anträge. Von den Antragstellern hatten 440 einen Wochenverdienst bis zu 30 M., 501 bis zu 40, 357 bis 50, 230 bis 60, 198 bis 80, 75 bis 100, 15 bis 120 und 8 über 120 M. Der höchstbekanntgewordene Wochenlohn betrug 134 M. 8831 Sparguthaben wurden im Berichtsjahr bei der hiesigen Sparkasse neu angelegt und rund 550 000 M. eingezahlt. Das höchste Sparguthaben betrug 2000 M. Die Summe der genehmigten Auszahlungen, wobei aber auch Anweisungen anmärtiger Gemeinden und Truppenteile beteiligt sind, betrug rund 200 000 M.

Lichtenberg. Händholzverteilung. In der Bekanntmachung vom 18. d. M. wurde zur Anmeldung auf Händhölzer Abschnitt 208 E. J. G. K. S. der Lichtenberger Lebensmittelkarte festgelegt. Dieser Abschnitt wird vom Magistrat zurückgezogen. Die bereits darauf erfolgte Anmeldung auf Streichhölzer wird für ungültig erklärt. Für die Anmeldung auf Streichhölzer wird nunmehr Abschnitt 271 E. J. G. K. S. aufgerufen, und haben die Anmeldungen nur in Seifengeschäften zu erfolgen.

Städt. Stadtverordnetenversammlung. Am Freitag fand die erste Sitzung nach den Ferien statt mit einer reichlichen Tagesordnung. Unter anderem wurde die Erweiterung des Kriegesriedhofes beschlossen, wobei sich der Magistrat bereit erklärte, die Anschaffung der Gräber auf Kosten der Stadt zu übernehmen. Ferner stimmte die Versammlung einem Antrage auf Austausch von Gelände von der Friedrichshäger Straße mit der Union-Vangeseellschaft zu. Dem standen die Steuerverlegenheiten zur Beratung. Der Antrag zur Vervielfachung hatte nur eine fertige Forderung und wurde demselben zugestimmt. Die Nachträge für die Luftabkühlungssteuer und Umfassung der Stadtverordnetenverwaltung wurden der Stadtkommission überwiesen. Der Magistrat hatte ferner eine Vorlage zur Einführung einer Berufs- oder Lohnsteuer gemacht. Da die Ausführung dieser Vermögenssteuer durch die Armenverwaltung ausgeübt werden soll, so wurde der Personenfrage wegen der Vorlage der anschließenden nicht-öffentlichen Sitzung überwiesen. In dieser wurde dem Beschluß des Magistrats zugestimmt. Aus einem Bericht über die Bürgerliste ist zu entnehmen, daß jetzt täglich 1000 Portionen Essen abgegeben werden, darunter 150 unentgeltlich. Das Mietungsdamm wurde um vier Pfennig vermindert und unsere Genossen Müller und Stähler dazu bestimmt.

Reich. Die Gemeindeverordnetenversammlung am Freitag stimmte einem Antrage des Gemeindevorstandes zu, wonach die Gemeinde mit einer Einlage von 250 000 M. die Mitgliedschaft bei der Siedlungsgesellschaft im Kreis Keltow erwerben soll. Einem weiteren Antrage des Gemeindevorstandes, den Beamten und Angestellten der Gemeinde- und Amtsverwaltung sowie den festangestellten Lehrpersonen der höheren Schulen eine einmalige Kriegsteuerzulage nach den staatlichen Sätzen zu bewilligen, wurde gleichfalls einstimmig zugestimmt. Den einstweilig angestellten Hilfsarbeitern und Hilfsarbeiterinnen, welche sich seit dem 1. April und früher in Dienst der Gemeinde- und Amtsverwaltung befinden, soll eine einmalige Zulage in Höhe etwa eines Monatsgehälts gezahlt werden.

Rowawed. Aus der Gemeindevertretung. Durch Inanspruchnahme des Sitzungssaales im Rathaus für Zwecke der Kriegswirtschaftsabteilung finden bis auf weiteres die Sitzungen der Gemeindevertretung im Lehrerversammlungssaal des Althof-Realgymnasiums statt. — Gegen die neue Bankkassen-Einteilung ist beim Minister für öffentliche Arbeiten Beschwerde eingeleitet worden. — Auf Antrag des Vorsitzenden des öffentlichen Arbeitsnachweises werden die Gebühren für die Heberweisung von Arbeitskräften aufgehoben. Die Einnahmen dafür sind unbedeutend und bet dem häufigen Wechsel des vermittelnden Personal sind oft die gegählten Gebühren zurückverlangt. — Der Landesdirektor hat beim Kreisamtsrat angefragt, die am kleinen Erzgerichtshaus belegenden, zur Gemeinde gehörigen Grundstücke mit der dort befindlichen Kellerei zu einem Gutbezirk zu vereinigen. Die Gemeindevertretung konnte dieser Anregung nicht Folge geben, da eine Abfindung in bar für die Gemeinde keinen Vorteil bringen kann, und das der Gemeinde zur Verfügung stehende Gelände mehr wie knapp ist. Die Vertretung beschließt, daß die Ausgemeindung zurzeit nicht stattfinden kann. — Auf Wunsch des Vorstandes der gewerblichen Fortbildungsschule soll auch für die Handlungsgesellen und Lehrlinge die Mittelschulbildungsschule eingerichtet werden, weil ohne diese Einrichtung die geplanten wahlfreien kaufmännischen Lehrkurse nicht eingeführt werden können. Die Gemeindevertreter Hub. Nathan und Lewy sprachen dagegen. Sie halten die Zeit jetzt nicht für gegeben, weil doch nicht das notwendige Lehrpersonal zur Verfügung steht. Genosse Pawlowski trat mit aller Entschiedenheit dafür ein. Für die Gemeindevertretung sei es eine soziale Pflicht und ein Akt der Gerechtigkeit der Jugend gegenüber, die Schule schnellstens einzurichten. Viele Geschäfte nehmen jetzt junge Leute in Stellung, welche bei den heutigen Verhältnissen naturgemäß nur ganz einseitig ausgebildet werden können. Hier nach Möglichkeit zu helfen, sei unabweisbare Pflicht. Was das Lehrpersonal anbelangt, hat der Direktor der Fortbildungsschule erklärt, daß es zur Verfügung stünde. G. A. Neumann (L. S.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an. Die Gemeindevertretung beschließt, die Angelegenheit zu vertragen und den Direktor Schulz zur nächsten Sitzung zum Vortrag einzuladen. — Die Besprechung über die Änderung des Ortsnamens wird vertagt, weil der Verantwörter dieser Sache, G. A. Reiff, wegen Krankheit am Erscheinen verhindert ist.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Riederhühnenhausen. Heute abend 8 Uhr bei Rettig, Blankenburger Str. 4: Mitgliederversammlung. Der Kreisvorsitzende, Arbeitersekretär Hermann Müller, spricht über: „Die politische Lage“. „Vorwärts“-Leser sind eingeladen.

Soziales.

Sicherheitsdienst und Unfallsicherheit.

Die Sozialdemokratie hat von jeher schon gefordert, daß der Schutz der Unfallversicherung auch erstreckt werde auf jene Tätigkeit, die der Allgemeinheit dient und zugute kommt. So beispielsweise bei der Rettung von Menschen, bei Brandbekämpfung und ähnlichem. Ein diesem verwandtes Gebiet schneidet in der neuesten Nummer der „Arbeiterversorgung“ der Helldarstellende Vorsitzende des Versicherungsamtes der Stadt Berlin, Reim, an. Er weist darauf hin, daß der Krieg Zustände geschaffen habe, welche die öffentliche Sicherheit in hohem Maße gefährden und daß das in der Bekämpfung der hieraus erwachsenden Gefahren beschäftigte Personal, soweit es von privaten Unternehmern zum Sicherheitsdienst verwendet wird, und es sich nicht um versicherte Betriebe handelt, nicht beim Unfallschutze untersteht. Er lenkt nun die öffentliche Aufmerksamkeit auf den Kreis jener Personen, die in völlig gleicher Weise wie die Polizeibeamten, dem Schutze des Eigentums dienen und den damit verbundenen Gefahren ausgesetzt sind, nämlich, auf die Nachwächter.

In den Städten wird der Nachwächterdienst in der Regel wohl durch Angestellte privater Wach- und Schutzeinrichtungen ausgeübt, während kleinere Gemeinden vielfach einen Gemeindevorstand unter der Leitung des Vorsitzenden der Unfallversicherung mit der Aufsicht über die Nachwächter betrauen. Der reichsgesetzliche Unfallversicherung sind die Nachwächter nicht unterstellt. Hieraus ergibt sich, daß sie bei Unfällen, die sie in Ausführung ihres Berufes erleiden, lediglich auf die vertragsmäßigen, privatrechtlichen Vereinbarungen mit ihren Arbeitgebern angewiesen sind, während ihnen ein öffentlich-rechtlicher Anspruch, wie er durch die reichsgesetzliche Unfallversicherung für gewerbliche Berufsarten eingeführt ist, nicht gewährt ist. Dies hat schon im Frieden zu großen Härten und Unzulänglichkeiten geführt, da den Wächtern beim Fehlen privatrechtlicher Vereinbarungen ein Ersatz des in Ausführung ihres Berufes erlittenen Schadens nicht zustand. Siqua kommt noch verschärfend die große Ungleichheit, die darin besteht, daß Wächter, die in Betrieben beschäftigt sind, welche an sich der Unfallversicherung unterstellt sind, wie z. B. Fabriken, Bauten usw., ebenfalls der Unfallversicherung als Angehörige des Fabrik-, Bau- usw. Betriebes unterliegen, während die große Zahl der Wächter von Privatgrundstücken, wie oben ausgeführt, nicht zu dem Kreise der versicherungspflichtigen Personen gehört.

Daß die Tätigkeit eines Nachwächters besondere und erhebliche Gefahren bietet, beweist die Zahl der sich fortgesetzt ereignenden Unfälle. Ein pflichtgetreuer Wächter wird bei auftretendem Verdacht oder auch nur vorübergehender Unordnung die Ursache zu ermitteln suchen. Er muß hierzu in ihrer inneren Einrichtung nach fremde Grundstücke oder Häuser betreten und ist hierbei bei feststehender oder doch nur mangelhafter Beleuchtung, wie zahlreiche Unfälle beweisen, der Gefahr des Fallens auf unebenem Boden, des Hinabstürzens in Kellerengänge, Schächte und Bauarbeiten usw. ausgesetzt. Hierzu kommen noch die Gefahren, die dem Wächter von Dieben und Einbrechern drohen und die, wie allgemein anerkannt, in der jetzigen Kriegszeit ganz außerordentlich sind.

Es ist daher unerlässlich, daß auch den Nachwächtern ein öffentlich-rechtlicher Anspruch auf Ersatz des in Ausführung ihres Berufes erlittenen körperlichen Schadens eingeräumt wird. Die Möglichkeit hierzu bietet die reichsgesetzliche Unfallversicherung. Der Bundesrat ist auf Grund des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen vom 4. August 1914 in der Lage, die Betriebe der Unternehmer, die das Bewachen von Gebäuden und Grundstücken zum Gegenstand haben, der reichsgesetzlichen Unfallversicherung nach der Reichsversicherungsordnung zu unterstellen, so daß den Wächtern ebenso wie allen anderen unfallversicherungspflichtigen Arbeitern Schadenersatzansprüche gegen eine Berufsgenossenschaft zustehen. Die Wächterbetriebe einer bestehenden Berufsgenossenschaft zuzuteilen, dürfte keine Schwierigkeiten bieten. In Frage würde vielmehr die Lagererwerbungsversicherung kommen, welcher die gewerblichen Speicher-, Lager- und Kellerebetriebe angehören. Handelt es sich doch um die Bewachung lagernder Güter, zu denen im weitesten Sinne auch private Wohnungseinrichtungen gerechnet werden können.

Aus der Praxis heraus schildert Reim folgenden Fall: Die Ehefrau eines im Felde befindlichen Kriegers ist als Nachwächterin von Einbrechern so schwer verletzt worden, daß sie wohl zeitweilig sich bleiben wird. Da sie bis zum Ausbruch des Krieges nur in der Hauswirtschaft tätig war, hat sie noch nicht die erforderliche Wartzeit zurückgelegt, die zum Bezuge von Invalidenrente berechtigt. Da sie auch der Unfallversicherung nicht unterstellt ist, hat sie demnach keinen öffentlich-rechtlichen Anspruch auf Ersatz des erlittenen Schadens. Es ist dies geradezu ein Schicksal für einen Zustand, wie er nicht sein sollte und daher dringend der Abhilfe bedarf.

Wir können Reim nur durchaus zustimmen, wenn er den Wunsch ausspricht, daß eine solche Abhilfe von den maßgebenden Stellen bald getroffen werde.

Von heute ab

bis zum 1. Oktober sollte es sich jeder „Vorwärts“-Leser dringend angelegen sein lassen, für sein Blatt zu wirken. Der „Vorwärts“ befindet sich in einem erfreulichen Aufschwung, in jedem Monat wachsen ihm Tausende neuer Leser zu, aber diese Tausende sind wenig gegen die Hunderttausende, die in Berlin noch zu gewinnen sind. Das Wort, daß der „Vorwärts“ das Blatt der Berliner Arbeiter ist, muß in dem Sinne wahr gemacht werden, daß auch wirklich jeder Arbeiter und jeder Angestellte Leser des „Vorwärts“ wird. Dazu ist aber noch sehr viel zu tun, und nur durch eifrige Mitarbeit aller Freunde unseres Blattes ist das Ziel zu erreichen. Glaube also keiner, diese Mahnung richte sich nur an die andern und nicht an ihn. Jeder kann bei etnigem guten Willen mitwirken, und jeder tut unrecht, wenn er diese Zeilen überfliegt ohne den festen Entschluß, in ihrem Sinne zu handeln.

Name	_____
Beruf	_____
Wohnort	_____
Straße?	_____
Bei wem?	_____

bestellt ab 1. Oktober den „Vorwärts“ zum Preise von 1,80 M. per Monat frei ins Haus.

Diesen Zettel wolle man ausgefüllt an die Hauptexpedition, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, senden.

A. Jandorf & Co

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen-Strasse Kottbuser Damm Wilmersdorfer Strasse

4 Kaffeebecher weiss oder bunt 1.95

1 Besteckkasten 1.95

3 Kompottschalen auf Füsschen 1.95

4 Tassen mit Untertassen ... 1.95

Papierwaren

1 Kassette Briefpapier
25 Briefbogen, 25 Umschläge, zus. 1.95

1 Briefblock Quartformat ... 1.95

100 Kartenbriefe m. od. ohne Feldpost... 1.95

4 Rollen Toiletpapier 1.95

1 Poesie-Album 1.95

100 Mundtücher weiss 1.95

50 Berliner Ansichtspostkarten schwarz und bunt gemischt... 1.95

1 Brieftasche mit Notzblock 1.95

200 Blatt Brotpapier weiss 1.95

Porzellan

6 Obertassen 1.95

3 Abendbroteller massiv... 1.95

2 Tassen mit Untertassen verschiedene Formen... 1.95

3 Kompottschalen verschied. Formen... 1.95

1 Blumenvase mit Rosenverzierung... 1.95

4 Abendbroteller mit Goldrand 1.95

Porzellan

1 Flasche Haaröl 1.95

1 Handspiegel 1.95

Bijouterie

1 Goldtasche für Damen oder Herren 1.95

1 Brieftasche mit Scheintasche. 1.95

1 Damen-Handtasche 1.95

1 Zigaretten-Tasche aus Metall 1.95

1 Rocknadel Tula-Silber 1.95

1 Wachspferl - Halskette... 1.95

1 Halskette mit Simil - Anhänger 1.95

6 Nasierklingen 1.95

10 Pakete Blitzblank 1.95

12 Stück Tonwaschmittel 1.95

4 Milchbecher Porzellan mit Kinderbildern 1.95

1 Kaffeeanne Porzellan zusammen mit reizenden Bildern 1.95

1 Zuckerdose mit reizenden Bildern dazu passend.. 1.95

4 Kaffeebecher 1.95

1 Kuchenteller verschiedene Pressmuster 1.95

4 Likörgläser 1.95

1 Leuchter Emaille verschied. Formen .. 1.95

1 Bratpfanne Emaille mit Stiel 1.95

1 Putz- u. Wischkasten 1.95

1 Käseglocke hübsches Pressm. 1.95

Stengut

6 Kinderteller 1.95

1 Bratenplatte oval 1.95

4 Obertassen weiss oder bunt 1.95

Glas

1 Salatschüssel verschiedene Formen ... 1.95

1 Kompottschale 1.95

1 Glasteller verschiedene Muster 1.95

Emaille

1 Kasserolle konisch. 1.95

1 Topfdeckel 1.95

1 Schöpflöffel 1.95

1 Schaumlöffel 1.95

1 Nudelpfanne 1.95

2 Kummern 1.95

1 Butterdose mit Deckel 1.95

Wirtschaftsartikel

1 Kohlschaufel 1.95

1 Müllschaufel 1.95

1 Kleiderbürste 1.95

1 Abstäuber 1.95

1 Taschenmesser 1.95

1 Brotmesser 1.95

1 Scheere 1.95

1 Aufschnittgabel 1.95

1 Topfheber 1.95

1 Schock Klammern 1.95

1 Gebäckkasten 1.95

1 Deckelhalter 1.95

1 Backform 1.95

1 Springform 1.95

6 Eierbecher Porzellan zusammen 1.95

1 Tablett

4 Honiggläser 1.95

1 Milchtopf Porzellan verschied. Formen 1.95

1 Eckbrett 1.95

1 Königskuchenform 1.95

1 Kuchenblech 1.95

TABAK

Ehlich in Aussehen, Geruch, Geschmack u. Packung ist

M. Guttmann's neue verbesserte Pfeifenmischung mit Tabaklage stark durchsetzt.

In der heutigen Zeit der Surrogate und des Ersatzes, die so viel Minderwertiges auf den Markt bringt, ist es besonders wissenswert, M. Guttmann's neue verbesserte Pfeifenmischung kennen zu lernen. Jeder, der sie einmal probiert, wird ihr ständiger Freund. 43jährige praktische Erfahrungen auf dem Gebiete der Rauchtabakerstellung geben die beste Gewähr für die sorgfältige Herstellung. Besonders die längere Einwirkung einer starken konzentrierten Tabaklage macht M. Guttmann's neue verbesserte Pfeifenmischung wohlbekömmlich und mild und löst das von verwöhnten Pfeifrauchern erwünschte Wohlbehagen aus. Der Preis konnte dank der Herstellung im größten Maßstabe äußerst niedrig bemessen werden: Für M. 1,05 erhält man in den Zigarrenhandlungen gegen Vorzeigung dieser Anzeige 1 Paket zu 100 Gramm. Nach außerhalb erfolgt Versand, wo nicht erhältlich 10 Pakete für M. 9,45 unter Nachnahme. Wiederverkäufer zahlen für 40 Pakete M. 33,00 einschl. aller Spesen.

M. Guttmann
Berlin O 27 P, Alexanderstraße 22.
Werktaglich 8-5 Uhr. — Telefon: Alexander 4303.

Niederlage bei:
Merten, NO 43, Gollnowstr. 4.
Siefert, S 42, Oranienstr. 50.
Palatowsky, O 27, Alexanderstraße 27.
Schneider, O 27, Alexanderstraße 23.
Parthum, C 25, Alexanderstraße 2, 35a, 39/40.
Lehmann, O 112, Liebigstr. 10.

M. Rohmann, Lichtenberg, Frankfurter Allee 249.
H. Kahner, O 17, Grüner Weg 43.
Gebr. Gräfe, W 33, Lützowstr. 80.
W. Liebe, Neukölln, Hermannstraße 83.
D. Guttmann, Charlottenburg, Potsdamer Str. 12.
Vertreter gesucht.

B. FEDER

Hauptgeschäft: Norden Brunnenstr. 1 Ein. Weinbergsweg 20
Filiale Ostern: Frankfurter Allee 350 | Filiale Süden: Kottbuser Damm 103 | Filiale Westen: Cherbü., Scharrenstr. 5

Vorn. Wohnungs-Einrichtungen

In jeder gewünschten Holz- und Stahlart, preiswert und gediegen
Stilgerechte Speisezimmer, Herrenzimmer, Wohnzimmer
Schlafzimmer, elegante Salons, Krügel u. Küchen

In reicher Auswahl:
Weisslackierte Schlafzimmer, Töchterzimmer,
Dielen - Möbel, Polster - Möbel, Einzel - Möbel.

MÖBEL

für Pensionate, Villen, Landhäuser

Kunden in gesichert. Position gewähre ich auf Wunsch
Teilzahlung
gegen Zahlung einer entsprechenden Anzahlung und bequemen monatlichen oder vierteljährlichen Ratenzahlung

Möbel-Cohn

Im Osten: Gr. Frankfurter Str. 58
Im Norden: Badstrasse 47-48

Möbel auf Kredit

an jedermann.
Geringste Anzahlung, kleinste Abzahlung.
Spezialität:
1- u. 2-Zimmer-Einrichtungen
einzelne Möbel, farbige Küchen.
Grosse Auswahl
komplett aufgestellter Schlaf-,
Wohn- und Speisezimmer.
Riesen - Auswahl — Billigste Preise
Sehr kulante Bedingungen
und größte Rücksichtnahme.
Lieferung frei Haus.
Liefere auch nach auswärts.
Kriegsanleihe und Sparkassenbücher nehme
gern als Anzahlung.

Neu eröffnet!
Mein Geflügelgeschäft
früher Gieseler Str. 35,
befindet sich jetzt
Alexanderstr. 32,
nahe Gieseler Straße.
1910/11 Frau Gräfe.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125 Oranienbg. Tor
Sprochstr. 11-1, 6-8
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden
Blutuntersuchungen. Schnelle,
sichere, schmerzlose Heilung
ohne Berufsunfähigkeit. Teilzahlung

Ruc bis Sonnabend, den 21. September, in Berlin täglich von 10-6 Uhr im Hotel zum Goldenen Baum, Krausenstraße 58-59 (Nähe Leipziger Straße), zahlte ich besonders hohe Preise für

alte Gebisse

pro Zahn bis 4 Mk.

auch für den gewöhnlichen Zahnarzt bis 1 Mk., Platin-Nicht-Zahn 1,00-2 Mk., Platin-Matten-Zahn 3-4 Mk., Metallgebisse und Brücken bis 100 Mk. Meine Platingebisse, Brückenstücke bis 8 Mk. Keiner sollte diese Gelegenheit veräumen, denn nur durch Massenanfertigung ist es möglich, diese hohen Preise zu zahlen.

Fran Knuth, Berlin.

Künstliche Zähne 30626*
mit echtem Porzellan, Goldkronen u. Brücken, Brückensarbeiten, Rep. u. Umarb. (s). Ueber 30 Jahre Erfahrung. Keine Zahnwehne.
Zahnarzt: Kottbus. 112 53.
Zahnproth. Gräber, Bringenstr. 66 A, an der Dresdener Str.

Alkoholf. Getränke

Franz Abraham
Kant. Meissner- u. Römestrand-Kell. 6, 21 Kottbuser Str. Fernsp. Kott. 13700

Wien-Bad
Kottbuser Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.

Timmer-Essig
Schwarz u. Rotweine
Kottbuser Damm 79.

Brauerei Holzow
empfehlen
Bier u. Getränke

Bezugsquellen-Verzeichnis

Erscheint 2 mal wöchentlich.
Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

Carl Wob. Weiw. (Kottbus)
Kottbuser Damm 11.

Manchinger Brauhaus
Berlin und Oranienburg
Weinsbier, C. Breithaupt,
Pausenstr. 97. Tel. 201, 202

J. Baer
Wilmersd. 26, Ecke
Potsdamer Allee.

Bellmann, E.
Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.

Singer Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.

Schröter, R.
43 Derkaufstellen 43
August Holtz 15 Detail-Geschäfte.

Flora u. Wipratw.
Otto Kugel, Alte Jambier, 24
Kottbuser Damm 12/13.

Voster, E.
Kottbuser Damm 12/13.

Betke, Georg.
Kottbuser Damm 44.
Kottbuser Damm 44.
Kottbuser Damm 44.

Gaige, Otto
Charlottenburg.
F. W. Sichter
Kottbuser Damm 44.

Meierei C. Bolle

A.-G.
Berlin N. W. 21 Alt Moabit
99/103
Ältester und grösster
Milchwirtschaftlicher
Grossbetrieb

Phosph. Apparate
80, Kottbuser Str. 1.
M. W. W. 21
Kottbuser Damm 44.

Zugo Soling
80 Filialen in allen Stadtteilen.
Horn. Meyer & Co. Ges.
ca. 550 Verkaufsstellen. Gr.-Berl.

Die Entdeckung der Herbstschönheit.

Von Dr. Paul Landau.

Die Geschichte des Naturgefühls ist eine Geschichte der Entdeckungen und Eroberungen, die die Menschenseele in unbekannte Länder der Schönheit unternimmt.

Quest gewinnend der Frühling, der „holde Knabe“, im Fluge alle Herzen, und als das Gefühl die starren, im Mittelalter erstickten Schranken durchbricht, als die Baganten und Minnefänger ihre ersten Lieder singen, da teiert man nur den „minniglichen Lenz“.

Trotz guten Essens und reichlichen Trinkens im Herbst ist dem Deutschen des Mittelalters diese Jahreszeit doch im tiefsten Herzen unheimlich und beängstigend. Er ahnt das Ende alles Lebens, das hinter dem dunklen Gewände schlummert; er fühlt das Herannahen jener wilden Naturmächte, des Sturmes und der Kälte, die ihm als böse Dämonen das Leben erschweren.

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Raymond.

Der Mond schien so hell, daß er die taufeuchten Wälder mit einer silbernen Schicht überzog und die Nebel jetzt wie silberne Schleier sich erhoben.

„Du bist romantisch veranlagt,“ erklang wiederum die Männerstimme mit ärgerlichem Tonfall.

„Deshalb etwa, weil ich dich liebe? Deshalb etwa, weil deine kleinste Sorge mir so tief ins Herz dringt, tiefer als alle meine Sorgen, deshalb, weil ich nur den einen Wunsch habe, dich glücklich zu sehen?“

„Nein, nicht deshalb, aber weil du Lust hast, ohne Rücksicht auf die Möglichkeit eines Kataströhs, dich mit mir durchs Fenster zu unterhalten.“

„Gut Nacht.“

„Gut Nacht, Fräulein Anka.“

Das Fenster klirrte, eine weiße Gardine verdeckte das Innere des Zimmers, das jetzt erbleit wurde.

Karl ging anscheinend nicht vom Fenster weg, denn man hörte das Rischen eines Streichholzes, und eine dünne, blaue Rauchwolke drang aus seinem Zimmer und zerriff an den Trausen des Strohdaches.

Waz steckte sich ebenfalls eine Zigarette an, aber ganz leise, damit man nicht merkte, daß er zuhörte. Er wahr sehr gespannt, ob Anka noch einmal ans Fenster käme. Sein Zorn gegen Karl wuchs immer mehr. Anfas Fenster blieb aber geschlossen. Waz bemerkte bloß, wie hinter der Gardine ihr Schatten immer wieder auftauchte und am Fenster stehen blieb.

„Karczmarek wird morgen da sein, der das Gut kaufen will,“ erklang wiederum die Frauenstimme.

„Vater verkauft's ja doch nicht.“

„Du brauchst aber vielleicht das Geld.“

„Ja, Millionen brauche ich,“ raunte höhnisch die Männerstimme.

Niehsche, der der stärkste Verkünder unseres modernen Herbstgefühls geworden ist, hat das reine, klare Herbstgefühl der Seele unter allen Werken der Malerei am schönsten in den Bildern des Claude Lorrain gefunden, der sein Lieblingsmalter war.

Der Mensch der Romantik erst fühlt sich dem Herbst verwandt; er entdeckt diese Jahreszeit als einen Spiegel der Seele, in dem er sein eigenes Ich und Schicksal wiederfindet. Schon Jean Paul fühlt so den Herbst im „Desperus“, und Renou findet mit der ganzen Kraft seiner naturbeselenden Phantasie sein eigenes zerrissenes Ich in dem Welken und Wiedertaumeln der Blätter wieder.

Die „Zauberslöte“.

Als ein Musikinstrument der Zukunft wird wegen ihrer eigenartigen Vorzüge von vielen die „Zauberslöte“ angesehen, die der holländische Gelehrte Dr. H. A. Raber konstruiert hat; Dr. Alfred Grabenow beschreibt es in der Zeitschrift „Neber Land und Meer“.

Es handelt sich um eine Durchbildung des Prinzips der Sirene, die als Spielzeug und in der modernen Technik für Signalzwecke benutzt wird. Aus der Schallzeit ist vielen der Rosten mit durchlöcherter Deckel bekannt, über dem sich eine gleichfalls durchlöcherter Scheibe drehen kann; beim Durchblasen von Luft beginnt die Scheibe schneller und schneller zu rotieren und gibt einen Ton von sich, der immer höher wird.

haben nach dem dünnen Ende zu verschoben wird, umso schneller wird die Umdrehung der Sirene und umso höher der Ton. Die Regulierung der Tonstärke erfolgt in einfacher Weise durch Abänderung der Stärke des Luftstroms.

Neuentdeckte Höhlenmalereien.

In der Pariser Akademie der Inschriften wurden Mitteilungen über die Erforschung einer bisher völlig unbekannt Höhle gemacht, die Graf Bogouen mit seinen Söhnen unternommen hat. Die Höhle liegt in seinen Besitzungen von Montcaumon-Abantès im Departement Ariège im südlichen Frankreich.

Notizen.

— Kunstchronik. Glasfenster des Frankfurter Professors O. Linemann, die für eine Kirche bestimmt sind, werden im Auslieferungsbureau gezeigt.

— Centraltheater. Kräfte des Metropolitantheaters spielen jetzt auf der Bühne in der Kommandantenstraße Leo Fall's „Rose von Stambul“. Der orientalistisch gewandte Spah dieser Operette, der nach reichster Schönheit der Aufmachung verlangt, findet, wie sich zeigte, auch bei schlichterer Fassung ein Publikum, das frohgelaut mitgeht.

— Eine irische Oper. Eine neue Oper „Erin“, die eine Episode des irischen Lebenskampfes am Anfang des letzten Jahrhunderts behandelt, wird am 28. September im Theater des Westens zur Aufführung gelangen. Der Text der neuen Oper, bereits vor Ausbruch des Krieges entstanden, ist von Axel Delmar.

— Das Drama „Arbeit“ eines jungen Schweizer Architekten S. Giedion kam mit unbestrittenem Erfolge im Leipziger Alten Theater zur Aufführung. Das gleiche Stück wird am Sonnabend von Reinhardt gegeben werden.

— General und Musiker. Der russische General Cesar Gui ist, wie erst jetzt bekannt wird, gestorben. Er war ein bekannter Komponist der jungrossischen Schule. Einige Opern (darunter Katcliff) und Lieder von ihm sind sehr bekannt geworden. Besonders Eigenart bewies er als Komponist von Massenshören.

— Tolstoi in Ehren! Die Verwaltung der Aufführungs-Gesellschaft „Naschna Poljana“ zum Gedächtnis Tolstois hat sich an das Komitee für Staatsbegräbnisse gewandt mit der Bitte, ihr 1/4 Million Rubel zu überlassen zum Bau einer guten Fahrstraße zum Grabe L. Tolstois und zur Anlage zweier Terrassen, von denen eine als Freiluft-Hörsaal dienen soll.

„Karczmarek will's eventuell auch pachten. Er will es für seinen Schwiegerohn haben.“

„Werden ja morgen sehen.“

„Nimmst du die Wagenpferde nach Bodz mit oder verkaufft du sie?“

„Wozu sollte ich diese alten Viehler mitnehmen?“

„Grozppapa ist aber so an sie gewöhnt,“ sprach die Frauenstimme traurig.

„Dann wird er sich's eben abgewöhnen. Für diese kindischen Sachen hast du stets was übrig. Dann könnte man vielleicht auch gleich den halben Garten nach Lodz herüberpflanzen. Vielleicht möchtest du auch die Kühe und die Hühner und die Gänse mitnehmen?“

„Wenn du dir einbildest, dein Spott könnte mich hindern, das mitzunehmen, was ich nicht entbehren kann, dann irrst du.“

„Vergiß nur ja nicht die Familienportraits. Die Senatoren des polnischen Reiches sehen sich da oben in der Vorkammer sicher nach Lodz.“

Die Männerstimme klang immer höhniischer. Keine Antwort. Nur ein ganz leises Schluchzen ließ sich vernehmen, so leise, daß es wie das Plätschern des Waches hinter dem Garten klang.

„Verzeih, Anka! Ich wollte dir nicht weh tun. Ich bin so nervös. Verzeih, Anka, weine nicht.“

Waz sah, wie Karl in den Garten sprang und wie sich zwei weiße Arme aus dem Fenster ihm entgegenstreckten. Er schaute nicht mehr hin und hörte nicht mehr zu, schloß das Fenster und legte sich schlafen. Der Schlaf kam aber nicht. Die Nachtigallen sangen so laut in den Fliederbüschen, und immer kam es ihm vor, als hörte er Anfas und Karls Stimmen.

„Was können die sich nur so lange erzählen?“ dachte er, sich immer mehr aufregend, und stand auf, um sich zu überzeugen, ob sie noch da seien. Karl stand an Anfas Fenster, sie sprachen aber so leise, daß man nichts hören konnte.

„Nicht mal schlafen kann man ja bei diesen romantischen Geschichten,“ brummte Waz ärgerlich und warf das Fenster laut zu.

Einschlafen konnte er aber nicht. Die von der glühenden, pochenden Nacht des Frühlings erfüllte Juninacht störte ihn. In die Fenster schien der Mond, der hoch oben in den Wolken hing, er erhellte das Zimmer mit einem bläulichen Schimmer, und Ströme milden Lichtes ergossen sich über das schlafende Städtchen, über die leeren Gassen und über die weiten, mit

sacht schaukelndem Korn bedeckten Felder, auf denen sich immernde Nebel schwebten. Ueber den Wiesen und Sümpfen stiegen wie aus Räucherfässern weiße Dünste auf und schlugen wie Rauchfäden in die blauen Fernen empor. Und aus den Nebeln und den schlaftrunken rauschenden, taufeuchten Kornfeldern erhob sich immer mächtiger das Zirpen der Feldgrillen, das in gedämpfstem, zitterndem Rhythmus dahinschwabte und die Luft mit Millionen Klängen erfüllte; in Chören erwiderten ihnen die Frösche, die in den Sümpfen quakten und schrill riefen.

Von allen Seiten erklangen die trunkenen Stimmen dieser Frühlingsnacht, ganz erfüllt von berauschten Rufen, Gesängen, kaum wahrnehmbaren Schauern, Liebe und ungeahntem Zauber.

Dann verstummte für einen Augenblick die ganze Welt, und eine so dumpfe und gewaltige Stille trat ein, daß man die Lauperlen von einem Blatt aufs andere sichern hörte und das Plätschern des Plüschens hinter dem Hause und den tiefen Atem der Erde.

Nach dieser kurzen Stille brachen wieder alle Stimmen los in noch mächtigerem Chor. Alle Bäume, Gräser und Geschöpfe sangen eine trankene Liebeshymne, und es schien, als ob sich die Äste umschlangen und die Blumen, und in einer erschauernden Verzückung sich hingaben. Die ganze Erde schwoh an unter all diesen Stimmen und Gesängen, von all den Dämonen, die die Luft durchdrängten — sie schwoh an zu einem riesigen, von Liebesgier brausenden Strudel, der von dem Rausch der Frühlingsnacht und nagender Ewigkeitssehnsucht gepackt raste; blind warf er sich in die Arme des von allen Seiten offenen, finsternen, von dem kühlen Tau der Sterne und den Milliarden Sonnen und Planeten schimmernden, dumpfen, geheimnisvollen und fürchterlichen Schlundes.

Waz konnte nicht einschlafen. Eine Nachtigall, die vor seinem Fenster sang, ärgerte ihn so, daß er aufstand, um sie zu vercheuchen.

„Der Teufel hole dich mit deinem Seplepse!“ rief er erregt und warf mit einem Schuß nach dem Busch. Der Vogel flog auf einen anderen Strauch; als Waz das Fenster wieder geschlossen und sich hingelegt hatte, kehrte er auf seinen früheren Platz zurück und sang weiter.

Mit Ausnahme des alten Borowiecki schlief heute niemand gut im Auromer Herrenhaus.

(Fortf. folgt.)

Verkäufe

Dampfer und andere Transportgeräte... Verkauf von...
Wohnhäuser zu verkaufen...
Kaufgesuche...
Kaufgesuche...
Kaufgesuche...

Riefenpflaster aller erden...
Wohnhäuser zu verkaufen...
Kaufgesuche...
Kaufgesuche...
Kaufgesuche...

Wohnhäuser zu verkaufen...
Kaufgesuche...
Kaufgesuche...
Kaufgesuche...

Wohnhäuser zu verkaufen...
Kaufgesuche...
Kaufgesuche...
Kaufgesuche...

Wohnhäuser zu verkaufen...
Kaufgesuche...
Kaufgesuche...
Kaufgesuche...

Wohnhäuser zu verkaufen...
Kaufgesuche...
Kaufgesuche...
Kaufgesuche...

Wohnhäuser zu verkaufen...
Kaufgesuche...
Kaufgesuche...
Kaufgesuche...

Heizungsmonteur
J. L. Bacon, Berlin O 27, Holzmarktstr. 11.

Junge Bureauboten
Held & Francke, Aktiengesellschaft, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 1.

Präzisionsdreher
Gottschalk & Michaelis, Maschinenfabrik, Neukölln, Labustr. 32/35.

Hilfsarbeiterinnen
für Küchen und Lager
Personalleitung Schaperstr. 34.

Formet, Kernmacherin, Gleisereiarbeiter
Reichenberger Straße 4.

Automaten-Einrichter
Fritz Werner, Berlin-Marleneide.

Kutscher und Packer
J. D. Riedel Akt.-Ges. Berlin-Brick, Riedelstraße 1-32.

Lücht. Tischler
für Prospekt und Möbel sucht J. C. Pfla A.-G., Wraybachstr. 48/51.

Lehrjunge und Laufmädchen
Krauss, Station, Breeht & Co., str. 28/29.

Lehrjunge
unter günstigen Bedingungen, gesucht Kubitz & Inberg, Reichenberger Straße 66.

Wasser- u. Heizungs- Rohrleger und Helfer
Königsgräber Str. 56 a.

Schlosser-
Dreher- u. Maschinenbau-Lehrjunge für meinen Betrieb Berlin, Schulstr. 35.

Arbeitsburschen
frühtige, sofort gesucht. G. Ade, Inh. Herm. Kade, Reimindendorfer-Dr., Sommerstr. 15/21.

Nachtwächter
zuverlässig, mit guten Empfehlungen, sucht G. Ade, Inh. Herm. Kade, Berlin-Reimindendorfer-Dr., Sommerstr. 15/21, am Bahnhof Schönholz.

Junge Mädchen
im Alter von 14-16 Jahren zur Erlernung für den Verkauf sofort gesucht.

A. Jandorf & Co.
Belle-Alliance-Str. 1/2, Gr. Frankfurter Str. 113, Brunnenstr. 19/21, Kottbuser Damm 1, Charlottenburg, Wilmersdorf, Str. 118/119.

Größe Kleberinnen
zum Kleben von Briefen per sofort gesucht.

Automobil- und Motorenschlosser, Schweisser, Arbeiterinnen
stellt ein Benz & Cie., A.-G., Charlottenburg, Salz-Ufer 2/3.

Je 50 Schlosser Tischler
zum sofortigen Antritt gesucht. Fokker-Werke G. m. b. H., Schwerin (Meckl.).

Schlosser
werden sofort eingestellt. Große Berliner Straßenbahn.

Wächter
für Neubau Tempelhof, Oberlandstraße, Ecke Germaniastraße, gesucht.

Kräftige Arbeiter
Stahlager Emil Fenner, Berlin S 14, Alexandrinenstraße 44.

Heizungsmonteur und Helfer
Lingen & Co., Königsberg i. Pr. Portier, Erraingesellschaft Charlottenstr. 55.

Bureaubursche
mit guter Handschrift sofort gesucht.

Maschinen-Schlosser und Schmiede
stellen ein Müller & Korte, Berlin-Pankow.

Tüchtige, gelernte Einrichter für Automaten
Handschraubebänke und Drehbänke, Werkzeugdreher und Schlosser, Maschinenhelfer und -bauer werden von Metallschrauben- und Mutterfabrik und Fassonndreherei, welche ausschließlich mit dringenden Feerarbeiten beschäftigt ist, eingestellt.

Max Louis, vorm. J. Louis, Berlin-Weißensee
Langhaus-Straße 129/131.

Arbeiter und kräftige Frauen
suchen dauernde Beschäftigung bei Heymann & Schmidt, Berlin, Schönhauser Allee 164.

Mehrere Arbeiterinnen
für schwere Arbeiten an der Bohrmaschine verlangt.

Renaudels ist die offensbare Folge der Wandlung der Minderheit in die Mehrheit, welche Renaudels Taktik ablehnt.

Auf den Kriegstagungen der französischen sozialistischen Partei hat die Kritik der Leitung der „Humanität“ Jahr um Jahr eine wichtige Rolle gespielt. Die Minderheit verlangte mit Entschiedenheit, daß das System der Leitung geändert werde. Die Angriffe forderten, daß in der „Humanität“ auch Anhänger der Minderheit mit zugelassen werden sollten.

Keine Brände, keine Meutereien in Petersburg Einnahme von Chwalinsk.

Warsau, 16. September. Der Vertreter des Volkskommissars Tschitschew, Dr. Hillebrunn, welcher zurzeit als russisches Mitglied der deutsch-russischen Grenzkommission in Warschau weilt, erklärte dem Vertreter der „Baltischen Mitteilungen“: Auf die allgemein verbreiteten Gerüchte über große Brände in Petersburg, sowie Gemehel in den Straßen der Stadt kann ich auf Grund direkter Berichte vom Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Herrn Tschitschew, die Erklärung abgeben, daß diese Nachrichten als eitle Lügen unserer Feinde anzusehen sind. In Petersburg finden keine Brände noch weniger Straßengemehel statt.

Nach weiterer Mitteilung ist durch die Sowjettruppen auch die Küstlich Eshran an der Wolga gelegenen Stadt Chwalinsk eingenommen worden.

Moskau, 16. September. (P.M.) Im Nordkaukasus dauert der Kampf der Sowjettruppen mit den aufgestellten Bänden der Gegenrevolutionäre, deren Reihen sich mit jedem Tage lichten, fort. Die Sowjettruppen haben den ganzen Streifen am Ufer des Kaspischen Meeres von Petrowat bis Temir-Kan-Schura und das Tal der Wladikawkas-Eisenbahn besetzt. Der größte Teil der Bergvölker kämpft auf Seiten der Sowjettruppen.

30 000 verurteilte finnische Aufrührer.

In der „Finnischen Korrespondenz“ teilt der Helsingforsker Dozent der Rechte Helminen zur „Luidierung des Auftrahrs in Finnland“ mit, daß nach den bisherigen Erfahrungen der jetzt arbeitenden Gerichte ungefähr 10 Proz. aller Gefangenen zu Strafen über 8 Jahre Zuchthaus verurteilt werden. Finnland hätte danach ungefähr 30 000 Zuchthäuser zu unterhalten! — Diese Zahl, die eine Anklage bedeutet, ist für Finnland eine schwere Verlegenheit; denn um soviel Tausende Staatsverbrecher unterzubringen, dazu reichen Finnlands Zuchthäuser nicht aus.

Dr. Helminen hält gleichwohl die Verurteilung der Aufrührer für selbstverständlich und er hofft, sie durch Strafarbeit „verbessern“ zu können, wobei er nicht nur an Arbeiten für das finnische Volkswesen und für die Urbarmachung von Ledland denkt, er facht auch die Versendung der Verurteilten nach Deutschland, für Arbeit im Ackerbau und in den Gruben, ins Auge.

Es kommt dem besserungsfähigen Herrn nicht in dem Sinn, welche Wirkungen solche Verdingung auf Proletariat, die sozialistischen Denken zugänglich geworden sind, haben muß; denn sie wissen, daß die harte Arbeit, die sie leisten sollen, wie alle Gefangenearbeit lohnbrüderlich wirken muß. Man darf vermuten, daß der Vorschlag, wenn er in Finnland ernsthaft ins Auge gefaßt werden sollte, einen Sturm der Entrüstung entfesseln würde.

Die schweren Kämpfe im Westen.

Frankfurter Heeresbericht vom 16. September nachmittags. Zwischen Duse und Risme hielt der Fortschritt der französischen Truppen im Laufe der Nacht an. Ostlich von Fauzailon nahmen sie den Aiffenberg, wobei gegen 300 Gefangene in ihren Händen blieben. Weiter südlich bemächtigten sich die Franzosen von Pailly. In Lothringen führten die Franzosen einen Handstreich in der Gegend von Veintrech aus und machten Gefangene. — **Abends.** Im Laufe des Tages haben unsere Truppen ihre Angriffe in der Gegend nordöstlich und östlich von Sancy fortgesetzt. Trotz des von den Deutschen geleisteten Widerstandes rüdten wir etwa einen Kilometer auf einer Front von vier Kilometern vor. Sechshundert neue Gefangene und zwei Geschütze, Kaliber 105, blieben in unseren Händen.

Englischer Bericht vom 16. September nachmittags. Während der Nacht machten wir eine kleinere erfolgreiche Unternehmung beiderseits des Opern-Camines-Kanals. Wir schoben dabei unsere Linie auf einer Front von über zwei Meilen vor, machten Gefangene und erbeuteten Maschinengewehre. An der Kampffront fanden Treffen mit feindlichen Stützpunkten in der Gegend von Rocubres und Gavrelles statt. Wir haben in der Nähe von Gaudy, Cauchy und Oppy neue Positionen vorgeschoben. — **Abends.** Auf dem südlichen Teil unserer Front brachten unsere Streifwachen einige Gefangene ein. Bei Bloegsteert und östlich von Opern wurde unsere Linie leicht vorgezogen. Von dem übrigen Teil der Front ist auf hoher beiderseitiger Artillerietätigkeit in verschiedenen Abschnitten nichts zu melden.

Amerikanischer Bericht vom 16. September. Abgesehen von örtlichen Kämpfen, bei welchen wir Gefangene machten und die Artillerie- und Fliegeraktivität weiter zunahm, ist aus dem Abschnitt von St. Michel nichts zu melden.

U-Boot-Arbeit in der Nachbarschaft von New York. Der „Kotterdammer „Naasbode“ meldet: Nach einer Mitteilung des Marine-departements in Washington ist das amerikanische Petroleumschiff „Frederic D. Stish“ am 8. September nach einem Gefecht von einer halben Stunde östlich von Sandy Hook zum Sinken gebracht worden. — Sandy Hook ist eine Landzunge am Eingang des Bai von New York.

Es gibt keine Krise.

Alles ist in bester Ordnung.

Der „Germania“ wird aus parlamentarischen Kreisen geschrieben (und Wolff verbreitet es):

Wenn man der Berliner Sensationspresse Glauben schenken könnte, müßte man annehmen, daß wir wieder einmal in einer „Krisenzeit“ oder „Krisenperiode“ befinden. Wer freilich das Treiben dieser Presse und vollends die Persönlichkeiten ihrer Hintermänner kennt, kann nur lachend behaupten, wenn die öffentliche Erörterung mit solchen gegenstandslosen Behauptungen und Erfindungen belastet und beunruhigt wird. Wir haben doch wahrlich ernste Sorgen genug in diesem Krieg, so daß die Zeitungen ihre Spalten nicht mit Besprechung von politischen Märchen und müßigen Klatschereien zu füllen brauchen.

Für die Art der Arbeit eines Teiles der Berliner Presse ein recht bezeichnendes Beispiel: Am letzten Mittwoch fand eine interfraktionelle Sitzung des Ausschusses der Mehrheitsparteien im Reichstag statt. Die Sitzung war auf 11 Uhr vormittags anberaumt, mußte aber eingetretener Hindernisse wegen auf nachmittags 2 Uhr verschoben werden. Als die Ausschuhung über um 2 Uhr eintrafen, lag schon der Bericht der „B. Z. am Mittag“ über die gar nicht stattgehabte Sitzung vom Vormittag vor! Das ging denn doch über die gewohnte Berliner Fügigkeit nach hinaus und erregte große Heiterkeit. Die neueste Leistung ist eine

Mitteilung der „B. Z. am Mittag“ vom 16. September über eine Besprechung von Vertretern der Mehrheitsparteien des Reichstages, welche am Sonntag beim Reichskanzler stattgefunden hat und sich auf die österreichische Friedensanregung bezog. Das Blatt muß — wohl ungern — feststellen, daß Übereinstimmung besteht zwischen dem Reichskanzler und den Vertretern der Mehrheitsparteien in der Stellungnahme zu dem Wiener Vorschlag: Die Reichsleitung ist bereit, an den vorgeschlagenen Verhandlungen teilzunehmen, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ verkündet. Nun kommt aber ein Stich gegen den Reichskanzler, von dem die „B. Z. am Mittag“ behauptet, er habe „trotz dieser Übereinstimmung aus dem Verlauf der Unterredung den Eindruck gewinnen müssen, daß die Führer der Mehrheitsparteien, seine nächsten Freunde nicht ausgenommen, äußerst verstimmt sind über die Art und Weise, wie der Reichskanzler das Vertrauensverhältnis zu den Mehrheitsparteien einer strengen Belastung dadurch ausgesetzt hat, daß er sie von den diplomatischen Vorgängen der letzten Wochen auch nicht andeutungsweise unterrichtet hat“. Die angebliche Mißstimmung der Führer der Mehrheitsparteien besteht aber in Wirklichkeit nur in der Meinung und Wertschätzung in dem Bunsche des Verfassers dieser Nachricht. Was insbesondere die „nächsten Freunde“ des Reichskanzlers betrifft, so kann von der behaupteten Mißstimmung schon deshalb nicht die Rede sein, weil es an der vermögten Information von Seiten des Reichskanzlers nicht gefehlt hat. Daß von dieser Information die „B. Z. am Mittag“ und ihr berechtigtlicher Hintermann nichts weiß, tut nichts zur Sache.

An diesen beiden Beispielen der Berliner Pressefreiheit mag es genügen.

Die „Germania“ macht sich ihre Sache sehr leicht, indem sie sich gegen ein Klatschblatt vom Schlage der „B. Z. am Mittag“ richtet. Die „B. Z. am Mittag“ hört das Gras wachsen, die „Germania“ hört aber überhaupt nicht, weil sie Wachs in ihre Ohren gestopft hat. Für die bürgerlichen Mehrheitsparteien, Zentrum und Fortschrittspartei, haben wir keine Erklärungen abzugeben, für die Sozialdemokratie müssen wir ihrer Darstellung aufs entschiedenste widersprechen. Ueber die Stellung der Sozialdemokratie zum gegenwärtigen Regierungskurs dürfte man sich aus dem „Vorwärts“ zutreffender als aus der „Germania“ unterrichten können!

Die Nationalliberalen für die Regierung.

Die nationalliberale Reichstagsfraktion trat am Dienstag zu einer stark besuchten Sitzung zusammen, um zur politischen Lage Stellung zu nehmen. Die mehrstündigen Verhandlungen gipfelten in der fast einmütigen Zustimmung zu der von der politischen Leitung unter Billigung der Obersten Heeresleitung vertretenen Kriegszielpolitik.

Die Frage des Ausschusses an die interfraktionelle Konferenz soll erst in einer Fraktionsitzung am Montag erörtert werden. Ein liebtliches Vorspiel zu diesem beabsichtigten Anschluß bildet die letzte Nummer der parietamitlichen „Nationalen Korrespondenz“. Da wird in einem Briefel Herr v. Bajer abgelesen, weil er den Gegnern zuviel Zugewandnisse gemacht habe und im anderen wird gegen den „Vorwärts“ die Aufrechterhaltung der durch den Krieg geschaffenen Zustände im Osten gefordert. Zum finnischen Königsabenteurer äußert sich das nationalliberale Organ dahin, Finnland mache durch die Königswahl — von keinem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch! Können die Nationalliberalen in die interfraktionelle Konferenz, um dort solche Ansichten zu vertreten, so könnte es dort recht unterhaltsame Diskussionen geben, die praktische Arbeit würde aber dadurch wenig gefördert.

Die Wahlreform im Herrenhaus.

Amtlicher Bericht

über die Ausschuhung vom 17. September.

Gegenstand der heutigen Verhandlung war der Rest des Wahlgesetzes für das Abgeordnetenhaus; dabei wurden vorzugsweise die Fragen der Abgrenzung der Wahlbezirke und der Verhältniswahl besprochen, ohne daß sich eine entschiedene Stellungnahme der Kommission für oder gegen die Verhältniswahl ergeben hätte. Von der einen Seite wurde die Wirkung der Verhältniswahl auf die Zustände im Osten dargelegt, von anderer Seite wurde von ihr ein Schutz der bürgerlichen Minderheiten in den Großstädten erhofft. Dagegen wurden auch erhebliche Bedenken gegen die Verhältniswahl geltend gemacht und es wurden andere Maßnahmen zur Erreichung der genannten Ziele gefordert.

Die Kommission beschloß sodann, in der morgigen Sitzung in die allgemeine Beratung der Herrenhausvorlage einzutreten.

Die hohe Kommission hat also die Wahlreform „erledigt“, ohne einen Beschluß über sie gefaßt zu haben, das heißt, sie hat ihre Zeit mit leerem Geschwätz vertrieben. Ohne daß sie das Geringste geschafft hätte, geht sie zum zweiten Punkt der Tagesordnung über, der die Geister recht lebhaft bewegen dürfte, da es ja um die eigenen Privilegien geht.

Den Beratungen und Beschlüssen der hohen Kommission über die Reform des Herrenhauses steht das Volk mit vollkommener Gleichgültigkeit gegenüber, denn es kennt nur eine „Reform“ des Herrenhauses, mit der es zufrieden ist seine Beseitigung. Der Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht kam nur noch als Kampf gegen das Herrenhaus weitergeführt werden.

Die Regierung muß mit dieser Herrenhauskomödie Schluss machen oder sie soll mit ihrer eigenen Tätigkeit Schluss machen!

Wahlrecht und Kriegsoffer.

Alldeutsche Stimmungsmache.

Zur Verteidigung des abgestuften Wahlrechts wendet jetzt die alldeutsche Presse ein Mittel an, das geradezu grotesk wirkt bei Leuten, denen die Einigkeit und Geschlossenheit des Volkes angeblich über alles geht. Der deutsche Reichskanzler hat vor dem Herrenhaus das gleiche Wahlrecht damit begründet, daß bei der Verteidigung des Vaterlandes das ganze Volk in gleicher Weise ohne soziale Differenzierung seine Pflicht erfüllen.

Man sollte meinen, daß ein solcher Satz von keiner Seite eine Anfechtung erföhre. Aber nein, die Herren Alldeutschen nehmen für sich ein besonderes Maß der Pflichterfüllung vor der übrigen Bevölkerung in Anspruch. Damit dienen sie natürlich nur dem von ihnen geforderten inneren Frieden. Ein Herr Dr. Sellentin hat einen Brief an den Reichskanzler geschrieben, den die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Post“ begierig nachdrucken. Herr Dr. Sellentin beansprucht höheres Recht für die „Schützenden“, weil diese angeblich viel höhere Blutopfer für die Verteidigung wächten als das übrige Volk. Wer?

würdige Bogi! Erst haben uns die Alldeutschen erklärt, daß das Wahlrecht mit der Erfüllung der Wehrpflicht überhaupt nichts zu tun habe, jetzt fordern sie ein höheres Wahlrecht auf Grund angeblicher höherer Erfüllung der Wehrpflicht!

Herr Dr. Sellentin beruft sich auf eine Statistik aus dem Kriege 1870/71, wonach damals der Prozentfuß der gefallenen Offiziere ein höherer war, als bei den übrigen Mannschaften. Dafür, daß diese Erscheinung auch in diesem Kriege zutrifft, erbringt Herr Dr. Sellentin keinen Beweis. Im allgemeinen bedingt die moderne Kampftechnik eine ziemlich gleichmäßige Verteilung der Opfer aller Kämpfer. Ob Herr Dr. Sellentin und die alldeutsche Presse der Landesverteidigung einen besonderen Dienst erweisen, wenn sie Unterschiede zwischen den Blutopfern der Offiziere und der Mannschaften konstruieren, lassen wir dahingestellt. Werden solche Vergleiche aber einmal gezogen, so darf man nicht wie Herr Dr. Sellentin schweigend vorübergehen an dem viel härteren physischen Los der Mannschaften. Schließlich gehören zu den schwersten Kriegsoffizieren nicht nur die Blutopfer, sondern die ungeheuren Entbehrungen und Strapazen eines vierjährigen Krieges. Will Herr Dr. Sellentin behaupten, daß auch hierin der Offizier schlechter gestellt sei? Und schließlich ist es auch ein Unterschied, ob man die langjährige Soldatenperiode in der befehlenden Stellung des Offiziers oder der nur dienenden und nur gehorchenden des Soldaten durchmacht.

Ganz unglücklich aber ist die Behauptung des Herrn Dr. S., wonach die Zahl der Reklamierten unter den Kriegern proportional größer sei, als unter den bestehenden Massen. Das Gegenteil ist der Fall! Der größte Teil der hier wieder einmal glorreichen reklamierten Munitionsarbeiter besteht aus Kriegsschadigten oder doch im Felde gewesenem Leuten. Dagegen steht man im leitenden und beaufsichtigenden Stellen noch sehr viel „unabkömmliche“ und „unentbehrliche“ kräftige Männer, die noch nie einen Schuß Pulver gerochen haben.

Es fehlt nur noch die Behauptung, daß die Bekleidenden und Gebildeten auch mehr unter dem Nahrungsmangel litten als die Armen!

Angstgeschrei.

Die Zusammenberufung des Hauptauschusses erregt in alldeutschen und konservativen Kreisen lebhafteste Befremdungen. Vornehmlich der „Lokalanzeiger“ hat in sich den Beruf zur kapitalistischen Gans entdeckt und erhebt ein durchdringendes Warnungsgeschreie: „Den ersten leisen Andeutungen von dem bevorstehenden Ausbruch einer neuen Konzertkrise sind mittlerweile weitere Verlautbarungen gefolgt, die auf nichts weniger hinauslaufen, als daß jetzt eine regelrechte „Volksregierung“ das Staatsruder ergreifen müßte!“ — Wer erlöst da nicht? Aber noch viel schlimmeren Plänen der 111 Reichstagsmehrheit ist der „Lokalanzeiger“ dank seiner außerordentlichen Wachsamkeit auf die Spur gekommen.

Denn nicht uns preussische Wahlrecht ist es ihnen mehr zu tun; dieser Frucht glauben sie jetzt auch ohne Herilung schon völlig sicher zu sein. Jetzt wollen sie das offene und uningeschränkte parlamentarische Regime, den maßgebenden, allein entscheidenden Einfluß auf die Geschicke unseres Vaterlandes, und wer hier nicht mit ihnen ist, der soll beiseite geschoben werden, ganz gleich wo und wie hoch er stehen mag.

Die „Deutsche Zeitung“ hat soeben für die Politik des Herrn v. Bajer den geschmackvollen Ausdruck „Politik der vollen Hofe“ geprägt. Uns scheinen die vollen Hofen ganz wo anders zu hängen.

Die Rebellion der München-Gladbacher.

Pieper überläßt dem gemäßigten Pfarrer Müller seine Stelle!

In einer Mitgliederversammlung der katholischen Arbeitervereine in Köln, die öffentlich war, fand eine Entschließung Annahme, in der erklärt wird, die Amtüberhebung des Diözesanpräses Dr. Müller habe die katholischen Arbeiter aufs äußerste beunruhigt und erbittert. Die Versammlung legt gegen die Herrn Dr. Müller zuteil gewordene Behandlung „die entscheidende Verwahrung“ ein und spricht dem verdienstvollen Führer ihren Dank und ihr vollstes Vertrauen aus. Wie in der Angelegenheit weiter gemeldet wird, hat der Direktor des Westdeutschen Arbeiter-Bundes Pieper in M-Gladbach dem gemäßigtem Diözesanpräses Dr. Müller seine Stelle eingeräumt. Wie es heißt, wird Dr. Müller die Stelle annehmen.

Nicht Herilung, sondern Dinge. In unserem gestrigen Leitartikel sagten wir, die Sitzung des Hauptauschusses hätte wegen einer bevorstehenden Reise des Reichskanzlers vom Freitag auf den Dienstag verlegt werden müssen. Das war ein Irrtum. Der Mann, der verreisen muß, aber an der Sitzung teilnehmen zu müssen glaubt, ist nicht Herilung, sondern Dinge.

Kandidatur Damaskische in Berlin? Einer noch unbestätigten Nachricht zufolge beabsichtigen bodenreformerische Kreise in Berlin I als Gegenkandidaten gegen den vom Hausbesitz aufgestellten Fortschrittler Justizrat Kemper Herrn Adolf Damaskische als Kandidaten aufzustellen. Damaskische hat schon einmal, bei der Wahl 1907, im I. Berliner Wahlkreis kandidiert, aber damals noch keine tausend Stimmen erhalten. Auch jetzt wäre seine Kandidatur als ernsthafte Gegenkandidatur gegen den Hausbesitzkandidaten Kempner nicht anzupfehlen. Herr Damaskische hat in der Propaganda für seine bodenreformerischen Ziele wohl manches schönklingende soziale Wort gesprochen, in der Praxis aber keine Tätigkeit, namentlich seit seinem Wahlmiserfolg, immer mehr darauf hinaus, sich die Protektion hoher und höchster Kreise zu verschaffen. Entsprechend diesem Streben hat er sein urprünglich radikales, an die Ideen Henry Georges angelehntes bodenreformerisches System immer mehr verwässert. Die wirkliche und ernsthafte Bodenreform ist nichts als ein Stück des sozialistischen Programms, das sich losgelöst von diesem, nicht verwirklichen läßt.

Verhaftungen. In Chemnitz sind die Unabhängigen Hedert und Gubisch verhaftet worden. Ueber die Gründe ist bis jetzt noch nichts bekannt. Eine ebenfalls in Haft genommene Frau ist wieder freigelassen worden. Hedert war der unabhängige Kandidat bei der letzten Reichstagswahl im Kreise Iwidau-Arimischau.

Letzte Nachrichten.

Der interalliierte Arbeiterkongress in London.

Amsterdam, 17. September. Nach einer Neuentdeckung aus London fand heute die Eröffnung des interalliierten Arbeiterkongresses, auf dessen Programm die Besprechung aller mit dem Kriege zusammenhängenden Fragen steht, statt. Unter den vielen Vertretern der Arbeiterorganisationen bemerkte man Albert Thomas, Renaudel und Jouhaux. Als Vertreter der amerikanischen Arbeiterwelt war Gompers anwesend; Belgien wurde durch Vandervelde und de Bruynere, Italien durch Rosselli und Berolioni und England durch Cradockson und Ramsay MacDonald vertreten.

Gewerkschaftsbewegung

Die Lage der in der Reichsdruckerei beschäftigten Arbeiter

wird in mehreren an uns gerichteten Zuschriften als recht gedrückt bezeichnet. Alle in der Reichsdruckerei tätigen Personen sind als Staatsarbeiter durch Handschlag verbindlich. Als solche glauben sie denn auch Anspruch auf die vom Reich für alle in Reichsbetrieben beschäftigten Personen gewährten Teuerungszulagen zu haben.

Diese Annahme hat sich als irrig erwiesen. Denn aus Anlaß der jetzt wieder fälligen Teuerungszulage für die Reichs- und Staatsarbeiter glaubte auch der in der Reichsdruckerei bestehende Arbeiterausschuß an die Direktion herangehen zu sollen, um diese um eine solche Zulage zu ersuchen. Die Direktion hat jedoch geantwortet, daß die in der Reichsdruckerei beschäftigten Arbeiter keine Staats-, sondern Rüstungsarbeiter seien. Dieser Einwand der Direktion hat die Reichsdruckereiarbeiter um so mehr überrascht, als der bis vor kurzem gezahlte Anfangslohn von 61,20 M. durchaus als kein Rüstungsarbeiterlohn anzusprechen ist.

Die Tatsache, daß auch an die Arbeiter in der Reichsdruckerei in bezug auf Leistungsfähigkeit die höchsten Anforderungen gestellt werden, die Direktion aber der herrschenden Notlage nicht genügend Rechnung trägt, hat eine arge Mißstimmung im Betrieb hervorgerufen.

Diese Mißstimmung kam auch in einer von den in der Reichsdruckerei beschäftigten Buchdruckern und Schriftsetzern im Gewerkschaftshaus tagenden

gutbesuchten Versammlung

zum Ausdruck. Die kürzlich erfolgte Erhöhung der Teuerungszulage steht gar nicht im Einklang mit der ständig fortschreitenden Teuerung. Die Direktion müsse mit zweierlei Maß. Einmal richte sie sich bei der Lohnregulierung nach der Privatindustrie, unter Berücksichtigung des Buchdruckerarbeits, den sie jedoch nicht anerkennt, um wahrscheinlich durch höhere Entlohnung keinen Anstoß zu erregen. Ein andermal wieder wird bei der Urlaubsbemessung das Verhältnis der Arbeiter in anderen Staatsbetrieben herangezogen. Die Reichsdruckerei wolle in jeder Beziehung vorbildlich wirken, nur nicht in der Lohnfrage. Bittere Klage wurde geführt über das mangelnde Entgegenkommen der Direktion gegenüber den Arbeitervertretern, wobei schon so manche berechnete Forderung mit der bereits historisch gewordenen „wohlwollenden Erwürdigung“ auf immer abgetan wurde. Der jährliche Millionenüberschuß der Reichsdruckerei entfiel lediglich durch die intensive Tätigkeit der Arbeiterschaft, sie glaube daher auch ein Recht zu haben, mehr als bisher zur Mitwirkung bei der Gestaltung ihrer Interessen herangezogen zu werden. — Besonders demängelt wurde die Zulage für doppelte Hauskaltungen von 86 Pf. pro Tag, deren Erhöhung auf 1 M. gewünscht wurde. Die Monatsbezahlung in dem vom Tarifamt vor einem Vierteljahr entschiedenen Sinne ist noch immer nicht erfolgt. Die Monatslöhner beklagten sich bitter über einen für die Sonntagsarbeit gemachten Abzug. Dringend wurde die Erhöhung des Grundlohnes gefordert. Bezahlt doch die Reichsdruckerei einen Anfangslohn von 6,20 M. pro Tag, selbst für alle Spezialarbeiter. Die Kinderzulage wurde für alle Kinder bis zum vollendeten 16. Lebensjahre gefordert und Gleichstellung mit denen der Monatslöhner und Beamten.

Es wurde einstimmig eine Resolution gefaßt, die durch Vermittlung des Arbeiterausschusses der Direktion der Reichsdruckerei, dem Staatssekretär des Reichspostamts, dem Kriegs- und Ernährungsausschuß und dem Reichstag unterbreitet werden soll. In der Resolution heißt es u. a.: Die im Gewerkschaftshaus versammelten und in der Reichsdruckerei beschäftigten Buchdrucker und Schriftsetzer geben ihrer Empörung über die zurzeit in Groß-Berlin herrschenden unhaltbaren Zustände auf diesem Gebiete aller Lebensmittelpreise, besonders der Ernährung und Bekleidung, Ausdruck. Die Ernährungsverhältnisse sind besorgt schlecht, daß die Arbeiterschaft nicht mehr in der Lage ist, bei an sie gestellten Forderungen intensiver Arbeit zu genügen. Unsere Familien, namentlich unsere Kinder, leiden ganz besonders unter den schlechten Lebensbedingungen. Andererseits aber sehen wir täglich in reichlichem Maße die besten Lebensmittel, wie Fett, Eier, Butter, Käse, Fleisch usw. im Schleichhandel zu wahnwitzig hohen, für uns unerreichlichen Preisen in die Vorratskammern der Reichen wandern. Ebenso verhält es sich mit den Arbeitsbedingungen: Oberbekleidung, Leibwäsche und Schuhe. Die Arbeiterschaft ist am Ende ihrer Kraft. Die Versammelten fordern daher von den in Betracht kommenden Stellen:

1. Schleunige Maßnahmen zur Sicherstellung der Volksernährung durch Erfassung aller Lebensmittel, insbesondere von Fett und Fleisch, zwecks gerechter und gleichmäßiger Verteilung an die Arbeiterschaft.
2. Ernstliche Bekämpfung des öffentlichen Wuchers.
3. Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf acht Stunden.
4. Eine einmalige Teuerungszulage, um den allerunvermeidlichsten Ansprüchen unjeter Familien auch nur einigermaßen gerecht werden zu können.

Aus der Schlichtungskommission für das Schneidergewerbe

Immer wieder werden Fälle vor der Schlichtungskommission verhandelt, wonach den Arbeiterinnen zu niedrige Löhne gezahlt werden. So kam in der letzten Sitzung zur Sprache, daß eine Frau Hägerbarth einer Arbeiterin in einigen Monaten den Betrag von 715 M. 72 Pf. zu wenig gezahlt hatte. Frau H. berief sich in der Verhandlung auf den im vorigen Jahre gültigen Tarif und erklärte, sie habe durchaus richtig bezahlt. Die Schlichtungskommission verwies sie darauf, daß seit 1. Januar höhere Löhne zu zahlen sind und sie mithin den bereits erwähnten Betrag zu wenig gezahlt habe. Hierauf erklärte sie sich zur Rückzahlung des Betrages bereit.

In einem anderen Falle hatten zwei Arbeiterinnen wesentlich zu wenig Lohn erhalten. Auch hier erklärte sich der Arbeitgeber bereit, 480,50 M. nachzuzahlen.

Die Schöneberger Schneiderinnung hatte ihren Mitgliedern für jede Hofe einen bestimmten Beitrag abgezogen. Aus diesem Grunde klagte ein Mitglied der Innung gegen den Obermeister auf Herausgabe des abgezogenen Betrages. Der Vertreter des Bekleidungsamtes teilte bei dieser Gelegenheit mit, daß der Schöneberger Schneiderinnung infolge dieser Vorverurteilung die Lieferungen entzogen worden seien. Das Amt habe die Innung veranlaßt, die abgezogenen Beträge an das Bekleidungsamt zu zahlen und es werde dann die Verteilung der Beträge an die einzelnen Mitglieder erfolgen. Die Sache wurde einstweilen vertagt.

Wegen der Bezahlung der Schulden für Granaten werden immer wieder neue Klagen erhoben, bei denen sich herausstellt, daß von vielen Firmen Zwischenmeister beschäftigt werden, die die tariflichen Löhne nicht zahlen und auch die Rabatdaten extra berechnen, während dieselben unentgeltlich zu liefern sind. Die tarifwidrige Bezahlung dieser Arbeiten ist um so weniger zu begreifen, als die Arbeitgeber hierbei sehr gut verdienen. Es erscheint dringend notwendig, daß den Firmen in solchen Fällen die Beschäftigung von Zwischenmeistern untersagt wird.

Der Werkmeisterverband für das deutsche Buchbindergewerbe und verwandte Berufe, sowie Papierverarbeitende und Lederwarenindustrie veranstaltete am Sonntag, den 21. September, abends 8½ Uhr, im Berliner Klubhaus, Dönhofstr. 2, eine öffentliche Versammlung mit folgender Tagesordnung: Die Antwortschriften der Arbeitgeberverbände auf Festlegung der Teuerungszulagen und Vertragsgemeinschaft. Freie Aussprache. Alle Berufskollegen sind hierzu eingeladen.

Die skandinavische Arbeiterkonferenz, welche in der vorigen Woche in Kopenhagen abgehalten wurde, war von 82 Delegierten besetzt, davon 10 aus Norwegen, 7 aus Schweden und 15 aus Dänemark; die Führer der gewerkschaftlichen

Landeszentralen, Die Han, Hermann Lindquist und C. F. Madsen, Minister Stauning und andere bekannte Arbeiterführer nahmen an den Beratungen teil. Madsen hob in seiner Begrüßungsrede hervor, daß diese Konferenz die umfassendste Vertreterversammlung der skandinavischen Arbeiterschaft während des Krieges sei.

Die Vertreter der einzelnen Länder erstatteten dann Bericht über die Lage der Arbeiter. Dian-Norwegen betonte: Die Arbeitslosigkeit des ersten Kriegsjahres ist von Hochkonjunktur und Teuerung abgelöst worden. Die Arbeiter erreichten bedeutende Lohnerhöhungen und Teuerungszulagen. 42 000 Arbeiter, die im Jahre 1917 an den Lohnbewegungen beteiligt waren, erzielten durchschnittlich 500 Kronen Lohnerhöhung pro Mann und Jahr. Nach der Statistik der Arbeitgeber betragen die Lohnerhöhungen durchschnittlich in der Exportindustrie 105 Proz., in der übrigen Industrie 95 Proz. und im Handwerk 80 Proz. Einer durchschnittlichen Lohnsteigerung von 99 Proz. im ganzen steht aber eine Preissteigerung von 187 Proz. gegenüber. Die Gewerkschaftsopposition habe in diesen anomalen Zeiten gewisse Fortschritte gemacht; der Gewerkschaftslohn im Oktober lehnte jedoch ihre Vorschläge mit Zweidrittelmehrheit ab. Die schlechten Ernährungsverhältnisse tragen viel zur Steigerung der Unzufriedenheit bei. Erst zu Beginn dieses Jahres hat Norwegen die rationierung durchgeföhrt. Die Folge war, daß die Brotationen äußerst klein wurden und die Kartoffeln gänzlich vom Markt verschwanden. Die neugegründeten „Arbeiterräte“ hätten eine „Kation“ für den Achtstundentag eingeleitet, aber einen so völligen Fehlschlag erlitten, daß er für eine ordnungsgemäße Organisation unbrauchbar wäre; in der Meinung der Arbeiterklasse hätten sie ausgepielt. Auch in einem Gewerkschaftsverband (Fabrik- und Hilfsarbeiter) hätte die Opposition jetzt die Leitung in Händen. Die zukünftige Entwicklung lasse sich schwer voraussagen. Staatliche Zuschüsse hätten die Preissteigerung um 19 Prozent ermäßigt. Danach bliebe den Arbeitern etwa ein Fünftel der Teuerung selber zu tragen.

Die Lage der Arbeiter in Schweden schilderte der Präsident der Zweiten Kammer, Hermann Lindquist. Textilindustrie, Granitindustrie und Margarineindustrie seien wegen Mangels an Rohmaterial eingestellt. Sonst war die Arbeitslosigkeit während des Krieges geringer als in Friedenszeiten. Jetzt wird die Industrie von einem immer fähbareren Mangel an Feuerung und Öl bedroht. Die Lebensmittelpreise sind um 118 Proz. gestiegen. Eine ganze Reihe wichtiger Lebensmittel sind ganz oder teilweise vom Markt verschwunden. Die gewerkschaftliche Landeszentrale umfaßt jetzt 218 000 Mitglieder, bedeutend mehr als vor dem Generallöf der Jahres 1908. Die Zahl der Lohnbewegungen nimmt ständig zu; 1914 waren 27 000 Arbeiter, 1917 dagegen 170 000 daran beteiligt.

Der Landesvorsitzende des Bundes der Vereinigten Gewerkschaften Dänemarks, Madsen, rühmte die Kohlenzufuhren aus Deutschland, an denen die Genossenschaften der Arbeiter so stark beteiligt sind und die erlaubt haben, bisher die wichtigsten Betriebe in Gang zu halten. Aber der Mangel an Kohlenstoffen und die Teuerung nimmt zu. Infolgedessen herrscht große Arbeitslosigkeit; im März gab es trotz aller Gegenmaßnahmen 48 000 und auch im August noch 80 000 Arbeitslose, davon in Kopenhagen allein 16 000. Diese Zustände nutzten die Syndikalisten aus und machten der Arbeiterbewegung große Schwierigkeiten. Das vom Reichstag genehmigte Gesetz über Ausbau der Arbeitslosenunterstützung und über Rietszuschüsse war ein wesentlicher Fortschritt. Die Steigerung der Preise beträgt durchschnittlich 82 Proz. Die Mitgliederzahl der Landeszentrale hat 200 000 überschritten.

Am zweiten Tage wurde zunächst über den Achtstundentag verhandelt. In Norwegen ist ein Maximalarbeitsstag von 84 Stunden durchgeföhrt, bei schwerer Arbeit darf nur 48 Stunden gearbeitet werden. Staats- und Gemeindebetriebe, Bäckerei und Papierindustrie haben den Achtstundentag. Die Regierung hat das gesetzliche Recht, ihn allgemein anzuordnen. — In Schweden ist man durch gewerkschaftlichen Kampf dem Achtstundentag nahegekommen. — In Dänemark haben die Buchdrucker und Bäder den Achtstundentag; diese leiden jedoch noch unter der Nacharbeit, ebenso wie in Norwegen. — Es soll versucht werden, im Jahre 1920 die gesetzliche Einführung des Achtstundentages in den skandinavischen Ländern zu erreichen.

Den finnischen Arbeitern wurde eine Unterstützung von 80 000 Kronen gewährt. Eine Resolution über die gewerkschaftliche Internationale beauftragte die Beschlüsse der Berner Konferenz und mahnte dazu, im Interesse der Arbeiterklasse die Schwierigkeiten zu überwinden, welche der Wiedererrichtung der Internationale im Wege stehen.

Parteinachrichten.

Für Völkerrfrieden und Völkerrfreiheit.

Die Partei im Kölner Gebiet setzt ihre lebhaften Versammlungstätigkeit fort. Am Sonntag sprach der Kölner Reichstagsabgeordnete Weerfeld in Euskirchen, wo wir, weil uns früher die Säle verweigert wurden, noch nie eine größere Versammlung abhalten konnten. Diesmal lauteten im größten Saale der Stadt etwa 800 Personen dem Vortrage Weerfelds. Auch zahlreiche politische Gegner waren anwesend. — In Godesberg am Rhein hatten wir bis jetzt ebenfalls kein Versammlungsgelände. Nun stellte uns die Stadtverwaltung den Kurhausaal zur Verfügung. Landtagsabgeordneter Haenisch sprach vor einer Versammlung, wie man sie so stattdlich in Godesberg wohl noch nicht gesehen hat. Derselbe Redner hielt in dem Industriekreise Köln-Kalk eine ebenfalls Volksversammlung ab. — Genosse Solmann hatte fael besuchte Versammlungen in Köln-Dolweide, in Siegburg, wo seit langen Jahren die erste sozialdemokratische Versammlung stattfinden konnte und in Bochum bei Köln. — Genosse Wilsbach hatte eine gut besuchte Wahlrechtsversammlung in Gienel bei Köln. — Für den 22. September hat die Kölner Stadtverwaltung den großen Grützenhalla für eine Volkskundgebung: „Friedensangebot und Völkerrfrieden“ zur Verfügung gestellt.

Eine eindrucksvolle Friedenskundgebung

kann auch die Arbeiterschaft von Essen verzeichnen. Am Sonntag sprach vor über 3000 Personen Genosse Dr. Landberg über: „Im fünften Kriegsjahr. Rückblick und Ausblick“. In vollendeter Weise beleuchtete er Verlauf und Aussichten des Krieges, die Haltung der Sozialdemokratie, die Gefahren des Eroberungspolitiks und die Notwendigkeit demokratischer Reformen unter fürmlichem Weisfall der Versammlung, die mit einem draufenden Hoch auf Freiheit und Friede schloß.

In zahlreichen Städten Sachsens

haben gleichfalls prächtig verlaufene Demonstrationen stattgefunden: In Riesa versammelten sich 3000 Personen, um eine bessere Nahrungsmittelfürsorge und einen baldigen Frieden zu fordern. In Chemnitz sprach vor 4000 Teilnehmern Genosse Sindermann-Dresden. An der Aussprache beteiligte sich auch ein Unabhängiger, dessen Ausführungen durch Genossen Roste eine schlagfertige Widerlegung fanden.

Unter völliger Arbeitsruhe fand am Sonntag nachmittag 3 Uhr in Krimmitschau eine Protestversammlung statt. Sie war für den Ort ein Ereignis; das Referat hielt Genosse Meier. In Reichenbach i. V. hatten sich über 1100 Personen beiderlei Geschlechts eingefunden. Dem Referat des Genossen Sindermann folgte eine Debatte, an der sich der nationalliberale Landtagskandidat Schulzdirector Dr. Wortweil beteiligte. Der Redner pflichtete in der Behandlung der Ernährungsfragen dem Referenten bei, aber bezüglich der Herbeiführung eines Verständigungsfriedens nicht. Ihm wurde von Sindermann im Schlufwort noch entsprechend erwidert.

In Frankenberg, Wittweida, Glaucha und Opendorf sprachen die Abgeordneten Städtien und

Schmidt-Meisen. Die Kundgebungen waren ein starker Erfolg für die sozialdemokratische Partei, deren Tätigkeit für den Frieden allgemeine Anerkennung fand. Eine Resolution, in der die sächsische Regierung zu entschlossenem Handeln aufgefordert wird, fand in allen Versammlungen Annahme.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Kreisvereins Dortmund und Görde faßte am letzten Sonntag eine Entschließung, in der die Friedensbemühungen der österreichischen Regierung begrüßt und ihnen voller Erfolg gewünscht wird. Die Entschließung faßt fort: Der Vorstand erklärt ferner die gegenwärtige Verhandlung des Herrenhauses über die Wahlrechtsvorlage für eine unwürdige Komödie, die keinen anderen Zweck hat, als eine wirkliche Reform zu verhindern und das Volk um seine politischen Rechte zu bringen. Er fordert die sofortige Auflösung des Abgeordnetenhauses und die Ausschreibung neuer Wahlen. Endlich stellt der Vorstand fest, daß die derzeitige Zuweisung an Lebensmitteln den notwendigen Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung in keiner Weise entspricht. Als Mindestmaß fordert der Vorstand 10 Pfund Kartoffeln, 4 Pfund Brot und 1 Pfund Nahrungsmittel pro Kopf und Woche. Ferner wird die Rückkehr zu den früheren Fett- und Fleischrationen dringend gefordert. Zum Schluß werden die Arbeiter an ihre politischen Pflichten erinnert.

Die alte Garde lichtet sich!

Ein alter Parteigenosse, Fritz Köpfe, ist in Laßbed an seinem 77. Geburtstag am Montag gestorben. Köpfe gehörte der Partei seit 42 Jahren an; er war ein überaus eifriger und tätiger Genosse. Bis zu seinem 67. Jahre war er in Sternberg im zweiten mecklenburgischen Wahlkreise die Seele der Partei. Dann verzog er zu seinen Kindern nach Lübeck, wo er sich trotz seines hohen Alters noch an den Parteiarbeiten beteiligte.

Industrie und Handel.

Das österreichische Friedensangebot und die Börse. Die Berliner Börse hat auf die Friedensnote Burians mit einer gelinden Abschwächung geantwortet, wie sie sich aus mäßigem Verkaufsdrang bei mangelnder Kauflust ergibt. Die Wiener Börse war anfangs zurückhaltend, da sie die Rückfragen aus den Ententländern abwarten wollte. Als aber im Verlaufe des Verkehrs die Entlastungsverläufe in Rüstungswerten sowie Eisen- und Kohlenaktien größeren Umfang erreichten, gingen die Kurse dieser Effektskategorien zurück, ohne daß aber auch hier die Abschwächung großen Umfang annahm.

An allen neutralen Börsen sind die Valuten der Mittelmächte am Montag erheblich höher bewertet worden. So wurden in Amsterdam für 100 M. am Montag 82,75 Gulden gegen 81,55 am Sonnabend gezahlt. Am Dienstag ist aber bereits ein Rückgang eingetreten und der Markkurs sank auf 82,35 Gulden.

Die Nationalisierung der russischen Industrie.

Bis zum 1. Juni 1918 waren vom Höheren Volkswirtschaftsrat 488 Unternehmungen nationalisiert oder sequestriert. Diese Unternehmungen verteilen sich auf folgende Weise:

	nationalisiert:	sequestriert:	zusammen
Metall:			
a) Erzeugung	91	8	99
b) Metallbearbeitung	49	47	96
Feuerung	17	—	17
Elektrotechnik	8	10	18
Kunststoffe	15	11	26
Chemikalien	20	18	42
Holz und Papier	34	28	62
Mineralien	6	4	9
Nahrungsmittel	87	17	104
Tierprodukte	7	6	13
Poligraphie	15	2	17
Transport	7	—	7
Verschiedene	23	3	26
	837	149	986

Laut Dekret vom 28. Juni wurden dann die meisten Großunternehmungen nationalisiert: metallurgische und metallbearbeitende, Textil- und elektrotechnische Industrien, Sägemühlen und Holzbearbeitungsbetriebe, Tabak — Gummi — Glas — Keramik — Zement — Leder und andere Unternehmungen, die Aktien- und Kommanditgesellschaften gehörten und die ein bestimmtes Grundkapital aufwiesen. (Es sind bestimmte, für jeden Industriezweig besondere Richtsätze für die Verteilung des etwaigen Nationalisierungszwanges aufgestellt worden.) Wie die Gesellschaft der Industriellen bekanntgibt, fallen unter diese Verordnung 1100 Aktienunternehmungen (mit einem Grundkapital von 3 Milliarden Rubel), die nicht einmal die schon früher nationalisierten Unternehmungen und Privatbahnen umfassen. Die Zweigverteilung ist wie folgt:

Industriezweig:	Grundkapital	
	Zahl:	Millionen:
Metallbearbeitung	215	1 100
Textilindustrie	311	799
Mineral-Feuerung	99	283
Erz	57	205
Elektrische Energie	40	185
Zement	40	82
Holzbearbeitung	69	68
Gummi	5	54
Dampfmaschinen	48	65

Die erste wirtschaftliche Anknüpfung mit Großrußland.

Wie die „Deutsche Warschauer Zeitung“ erfährt, beabsichtigt die großrußische Regierung in absehbarer Zeit für den deutschen Osten eine ständige Wirtschaftsvertretung in Warschau einzurichten. Weiter plant die Petersburger Telegraphen-Agentur in Warschau eine Filiale einzurichten, die namentlich das dem Osten Europas betreffende Nachrichtenmaterial sammeln soll. Ist dies einstweilen auch erst wenig, so wird damit doch der Anfang gemacht.

Die ukrainische Entschädigung nach amtlichem Material lautet auf 940 Millionen Rub (1 Rub etwa 16 Kilogramm), im Frieden ergab die jetzige Ukraine 1100 Millionen Rub. Seitdem hat die Anbaufäche um 11 Proz. abgenommen. Im einzelnen erwartet man 311 Millionen Rub Weizen, 231 Roggen, 179 Gerste, 118 Hafer. Für die Ausfuhr würden 100 Millionen Rub — 16 Millionen Kilogramm übrig bleiben. Das jetzt bestehende Getreidemonopol soll nach Erfassung genügender Vorräte aufgehoben werden.

Eingegangene Druckschriften.

Die soziale Hilfsarbeit der deutschen freien Gewerkschaften während des ersten Kriegsjahres von Dr. Walter Siegel. Verlag von Albert Reuß, Berlin SW 48.

Impressionen aus England von Franz Kiffin, 1,60 M. — Heilung und Entwicklung im Zerebellum von Dr. Wiponski-Meeder, 2 M. — Die Stachelkrautkrankheit von Dr. med. u. L. W. H. in Berlin, 1,60 M. — Sämtlich im Verlag von Reiser u. Co., Berlin.

Die Hüne Waja und ihre Abenteuer von Waldemar Bortels, Schuster u. Loescher, Berlin.

Verantwortlich für Politik: Erich Kautner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schölk, Reußhau; für Anzeigen: Theodor Giese, Berlin. Verlag: Bornstedt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornstedt-Verlag und Verlagshaus Carl Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 2. Circa 1 Beilage aus Unterhansdorf.